

## 7. Familienplanung am Ende?

### Herausforderungen und Umbrüche in den 1970er und 1980er Jahren

---

Seit seinem Beginn 1967 wurde das nationale Familienplanungsprogramm von kritischen Stimmen begleitet. Die Formel, dass Familienplanung Guatemalas Entwicklungsprobleme lösen und das Land in die Moderne führen könne, erschien nur Wenigen plausibel. Der ohnehin instabile Konsens, der dem Familienplanungsprogramm zugrunde lag, beruhte in erster Linie auf der Konzeptualisierung von Familienplanung als protektive Gesundheitsmaßnahme und nicht auf der Unterstützung einer fertilitätsregulierenden, modernisierungstheoretisch gedachten Bevölkerungskontrolle. Die modernisierungstheoretische Grundlage von Familienplanung verlor dann in den frühen 1970er Jahren in Guatemala gänzlich an Legitimität. Diese Entwicklung stellte jedoch keinen guatemaltekischen Sonderweg dar. Maria Dörnemann hat beispielsweise ebenfalls auf die »schrittweise[...] Erosion einer entwicklungspolitischen Übereinkunft der 1950er und 1960er Jahre« hingewiesen, die sich in den 1970er Jahren deutlich zeigte und die Lösungsformel Familienplanung hinfällig machte.<sup>1</sup> War Guatemala also Teil eines weltweiten Trends, so ist die Schärfe und Rigorosität der Gegnerschaft gegenüber Familienplanung dennoch als Produkt spezifischer guatemaltekischer Entwicklungen zu deuten. So ist der politische Kontext der 1970er und 1980er Jahre mitzudenken, der, durch politische Wirren und die Eskalation (staatlicher) Gewalt, Familienplanung von anderen Fragen abhängig machte und in den Hintergrund drängte.

Im Folgenden werden die Gegendebatten und ihre Auswirkungen auf guatemaltekische Familienplanungspolitik in den 1970er und 1980er Jahren im Zentrum stehen: Zunächst wird aufgezeigt, wie sich die akademischen Zweifler und Zweiflerinnen am propagierten Lösungsweg der 1960er Jahre mit dem Aufstieg neuer dependenztheoretischer Erklärungsansätze zu bedeutenden Gegenexperten und -expertinnen entwickelten. Gesah dies in den frühen 1970er Jahren vor allem in akademisch-universitären Kontexten, so fand die entwicklungskritische, antiimperialistische Deutung von Familienplanung im Zuge der dritten Weltbevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest breite ge-

---

1 Dörnemann, Plan Your Family, 2019, S. 260.

sellschaftliche Zustimmung, wie anhand der Presse- und Parlamentsdebatten gezeigt wird. Die umwälzenden Auswirkungen, die die offene Ablehnung gegenüber Familienplanung für das nationale Familienplanungsprogramm hatte, werden Thema des letzten Abschnitts dieses Kapitels sein, in dem auch die Brücke von den 1970er in die 1980er Jahre geschlagen wird.

## 7.1 Die Gegenexperten – Akademische Kritik, Dependenztheorie und neue Erklärungsansätze in den frühen 1970er Jahren

Im Juli 1974 verfasste der guatemaltekeische Arzt Julio de León Méndez ein flammendes Plädoyer, in dem er sich ausdrücklich gegen das nationale Familienplanungsprogramm und die Verbreitung neuer Kontrazeptiva in Guatemala aussprach. Diese eindeutige Ablehnung begründete er mit der Annahme, dass sich Guatemalas »Probleme keinesfalls von einer ›Bevölkerungsexplosion‹ ableiten« ließen.<sup>2</sup> Diese deutliche Stellungnahme ist insofern besonders, da sich derselbe de León Méndez noch in den 1960er Jahren in seiner Funktion als Dekan der medizinischen Fakultät bei der Erforschung von Bevölkerungsdynamiken in Guatemala engagiert hatte. Er hatte 1966 gemeinsam mit US-amerikanischen Experten eine Fertilitätsstudie begonnen, bei der die Meinungen guatemaltekeischer Frauen zu Geburtenkontrolle und dem ›Bevölkerungsproblem‹ abgefragt worden waren. In dieser Zeit hatte sich de León Méndez zudem für eine Integration von Demografie und Familienplanung in die medizinische Lehre eingesetzt und auch mit der guatemaltekeischen Familienplanungsorganisation Aprofam kooperiert. Seine radikal ablehnende Haltung stand also im scharfen Kontrast zu seinem vorherigen Engagement. Wie sich Zweifel an einem bevölkerungspolitischen Postulat zu einer klar feindlichen Haltung gegenüber Familienplanung verdichten konnten und welche Faktoren bei diesem Prozess eine Rolle spielten, soll im Folgenden eben an denjenigen Personen nachvollzogen werden, die wie de León Méndez noch in den 1960er Jahren von US-amerikanischen Bevölkerungsexperten und -expertinnen als ›Verbündete‹ wahrgenommen wurden.

Dieser Denkwandel stand in engem Zusammenhang mit den Debatten um Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, die an der öffentlichen Universidad de San Carlos de Guatemala (USAC) geführt wurden. Kritische Stimmen gegenüber einem US-amerikanisch geprägten, kapitalistischen Entwicklungspfad waren hier seit den 1960er Jahren zu vernehmen gewesen. In den 1970er Jahren verlor das Entwicklungsversprechen jedoch endgültig an Überzeugungskraft. Statt Modernisierungstheorie wurden nun andere theoretische Erklärungsmuster populär. An erster Stelle standen dependenztheoretische Ansätze, im Zuge derer soziale Ungleichheiten exogen, also als Folge hierarchischer Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Industrieländern und der ›Dritten Welt‹, erklärt wurden.<sup>3</sup> Die Werke von dependenztheoretischen Vordenkern wie And-

2 León Méndez, Julio de: »Nuestra definición ante la ›planificación familiar‹. Guatemala, julio de 1974«, in: León Méndez, Educación Médica, 1976, S. 117-119, hier S. 119.

3 Die Dependenztheorie wurde in Kontinuität, aber auch in Abgrenzung zum *cepalismo* von lateinamerikanischen Ökonomen und Ökonominen geprägt und muss laut Thomas Fischer und Walt-

re Gunder Frank und Paul A. Baran zirkulierten breit in den universitären Reihen und wurden von guatemaltekischen Akademikern und Akademikerinnen auf den nationalen Kontext übertragen: 1970 veröffentlichte beispielsweise der marxistische guatemaltekische Historiker Severo Martínez Peláez sein bis heute populäres Werk *La Patria del Criollo*, in dem er Kolonialismus als kapitalistisches Instrument interpretierte, mit dem eine dominierende Elite ihre wirtschaftlichen Interessen ausbaute und ihre politische Macht festigte.<sup>4</sup> 1972 erschien das Werk *Centroamérica: subdesarrollo y dependencia* des Soziologen Mario Monteforte Toledo.<sup>5</sup> Darin arbeitete er die wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisse der Region vom spanischen Kolonialreich bis zur Good-Neighbor-Politik Roosevelts und zur Allianz für den Fortschritt, dem Entwicklungsprogramm der Kennedy- und Johnson-Ära, heraus und deutete die US-amerikanische Einflussnahme in Wirtschaft, Politik und Kultur als Form des Kolonialismus.<sup>6</sup> ›Entwicklung‹ verlor nicht nur an Legitimität, sondern wurde als eine Form kolonialer und imperialer Herrschaft begriffen.

Diese dependenztheoretischen Erklärungsansätze stellten für San Carlitas, wie die Angehörigen der öffentlichen Universität genannt werden, neue, wirkmächtige Instrumentarien dar, um die Situation in Guatemala zu bewerten. Die nationale Entwicklungspolitik der frühen 1970er Jahre bot hierfür genügend Angriffsfläche: Der von der Regierung Aranas eingeführte Entwicklungsplan für das ländliche Guatemala, die so genannte Grüne Revolution Guatemalas, hatte eine kommerzialisierte Landwirtschaft sowie Bergbau in die nördlichen Regionen des Altiplano gebracht.<sup>7</sup> Mit dem Fokus auf Exportgütern wie Wintergemüse, Holz, Rohstoffen oder Blumen war zudem die Produktion von Grundnahrungsmitteln stark vernachlässigt worden, so dass die Preise für Bohnen und Reis stark anstiegen. Zwar stoppte die guatemaltekische Regierung 1973 den Export dieser Produkte, doch an der Situation der guatemaltekischen Landbevölkerung konnten diese Regulierungsmaßnahmen nur wenig ändern; das Land stand kurz vor einer Hungersnot.<sup>8</sup> ›Hunger‹ galt universitären Medizinerinnen und Medizinerinnen auch als größtes Problem im Land, das sie, in Anlehnung an die dependenztheoretischen Erklärungsansätze, auf Kolonialismus zurückführten: »Unser Land, treuer Repräsentant der Unterentwicklung, erschöpft durch die innere und äußere Herrschaft, leidet in großem Maße unter dem Problem Nummer eins des Hungers: Unterernäh-

---

her Bernecker als Produkt des radikalisierten Kontexts der 1960er Jahre in Lateinamerika verstanden werden. Bernecker, Walther L.; Fischer, Thomas: »Entwicklung und Scheitern der Dependenztheorien in Lateinamerika«, in: *Periplus*, 5, 1995, S. 98-119. Siehe hierzu auch: Grosfoguel, Ramón: »Developmentalism, Modernity, and Dependency Theory in Latin America«, in: *Nepantla: Views from South*, 1, 2, 2000, S. 347-374.

- 4 Vgl. Martínez Peláez, Severo: *La patria del criollo. Ensayo de interpretación de la realidad colonial guatemalteca*, Guatemala: Editorial Universitaria, 1970.
- 5 Vgl. Monteforte Toledo, Mario: *Centroamérica: subdesarrollo y dependencia*, México: Univ. Nacional Autónoma, Inst. de Investigaciones Sociales 1972.
- 6 Vgl. Vrana, This City Belongs to You, 2017, S. 140f.
- 7 Zu den Landverhältnissen siehe Jonas, Battle for Guatemala, 1991, S. 88ff.; zur Ernährungslage siehe Way, Mayan in the Mall, 2012, S. 125ff.
- 8 Vgl. ebd., S. 126ff.

rung.«<sup>9</sup> Die Kritik richtete sich hierbei nicht nur an eine kapitalistische, ungleiche Weltordnung, sondern auch an die guatemaltekische Militärregierung, die als Kollaborateur ausländischer Interessen begriffen wurde. Diese ›innere Herrschaft‹ äußerte sich aus ihrer Perspektive ebenfalls in einem Anstieg politischer Repression, die sich in zunehmendem Maße auch gegen die Universität richtete. Am 26. Juli 1973 drang die guatemaltekische Polizei gewaltsam in das Gebäude der medizinischen Fakultät ein, nahm mehrere Studierende fest und verwüstete die Räumlichkeiten.<sup>10</sup> Das Versprechen, dass Entwicklungsprogramme sozioökonomischen Wandel beschleunigen und damit politische Stabilität und Demokratie gewährleisten könnten, verlor spätestens zu diesem Zeitpunkt für die medizinische Fakultät an Glaubwürdigkeit.

Auch die Vorstellung eines ›Bevölkerungsproblems‹ wurde in diesem Zusammenhang einer Neubewertung unterzogen, wie an dem Plädoyer de León Méndez' deutlich wird: Mit dem Argument, dass eine Verbreitung von Kontrazeptiva in Guatemala wohl kaum die zugrundeliegenden ökonomischen wie sozialen Probleme lösen könnte, verurteilte er die Priorisierung von bevölkerungspolitischen Programmen gegenüber Projekten, die tatsächlich die Lösung der »realen und dringenden Probleme« in Guatemala anstrebten. Das Ungleichgewicht zwischen ansteigender Bevölkerung und Mangel an Ressourcen verstand er dabei nicht als Ursache, sondern als Folge von Ungleichheit und der Krise eines kapitalistischen Systems: »Unsere Krise entsteht nicht durch Überbevölkerung, sondern durch Unterproduktion. Unsere Krise entsteht nicht durch viele Mäuler, die Brot begehren, sondern durch obszöne Hände, die dieses für sich anhäufen.«<sup>11</sup> Vor dem Hintergrund dieser Neubewertung verlor Familienplanung als Lösungsansatz an Plausibilität, er wurde zudem als Sinnbild einer ›äußeren und inneren Herrschaft‹ gedeutet. Hier manifestierten sich aus der Sicht der guatemaltekischen Mediziner und Medizinerinnen der imperialistische Einfluss und dessen Folgen für guatemaltekische Familien. Ähnlich hatten bereits 1968 die beiden guatemaltekischen Ökonomen Osorio Paz und Lemus Mendoza argumentiert, nun war diese dependenztheoretisch motivierte Ablehnung auch in der Führungsriege der medizinischen Fakultät angekommen. Mehr noch, die Ablehnung von Familienplanung war zum Identifikationsmerkmal innerhalb der Fakultät aufgestiegen, was daran erkennbar wird, dass Julio de León Méndez in seinem Plädoyer im Namen der gesamten Fakultät sprach.

Diese deutliche Abgrenzung war auch das Resultat einer Desillusionierung, die auf de León Méndez' eigene Erfahrungen mit US-amerikanischen Entwicklungsexperten

- 
- 9 Facultad de Ciencias Médicas: »Opiniones de la Facultad Médicas sobre el problema del alto costo de la vida y sus repercusiones en la salud del guatemalteco«, in: *Boletín Universitario*, 1973, S. 11-14. »Nuestro país, fiel representante del subdesarrollo, cansado por la dominación interna y externa, padece en gran escala como problema número uno de hambre: ›Desnutrición‹.«
- 10 Hierzu veröffentlichte das Dekanat der medizinischen Fakultät am 27. Juli 1973 eine entsprechende Erklärung, in der das Vorgehen der guatemaltekischen Polizei scharf verurteilt wurde. Auch der Universitätsrektor Rafael Cuevas del Cid publizierte eine entsprechende Stellungnahme. Vgl. »La Junta Directiva de la Facultad de Ciencias Médicas de la Universidad de San Carlos de Guatemala«, in: *Boletín Universitario*, 5, 11, 1973.
- 11 León Méndez, *Nuestra definición*, 1976, S. 119. »Nuestra crisis no es de superpoblación, sino de subproducción; nuestra crisis no es de muchas bocas que desean pan, sino de perversos manos que acaparan el mismo.«

und -expertinnen zurückzuführen ist: Die Fertilitätsstudie, die er mit seinem Kollegen Rolando Collado Ardón vorbereitet hatte, wurde nach Einschreiten des damaligen USAID-Bevölkerungsbeauftragten nicht veröffentlicht. Zudem hatten die Bemühungen de León Méndez', bei den finanzstarken Institutionen Gelder für die medizinische Fakultät zu gewinnen, immer wieder in eine Sackgasse geführt.<sup>12</sup> Dass eine Unterstützung von Familienplanung in den Reihen der Fakultät nicht mehr »sagbar« erschien, hing auch mit personellen Verschiebungen zusammen. Widerstand gegen Geburtenkontrolle kam zunächst »von unten«: Bereits 1969 hatten guatemaltekische Medizinstudierende beim ersten zentralamerikanischen Studierendenkongress in Guatemala die »Integration von Geburtenkontrolle und Bevölkerungsplanung in die Studienpläne an den medizinischen Fakultäten unter den Namen Familienplanung, Mutter-und-Kind-Programme und Demografie [...]« auf das Schärfste verurteilt.<sup>13</sup> Einer der Wortführer war Arturo Soto Avendaño, der in den 1960er Jahren die kritisch-marxistische Studierendenvereinigung Asociación de Estudiantes Universitarios (AEU) leitete, bevor er in den frühen 1970er Jahren in Führungspositionen im Dekanat aufstieg. Auch der marxistisch orientierte Public-Health-Experte Héctor Nuila engagierte sich ab den frühen 1970er Jahren in der Fakultät. Julio de León Méndez dagegen hatte Ende der 1960er Jahre seinen Posten als Dekan abgegeben. Eine antiimperialistische Fraktion setzte sich somit in der medizinischen Fakultät durch.

Bei den Debatten um Entwicklungsprojekte in Guatemala ging es, wie die Historikerin Heather Vrana argumentiert hat, nicht nur um die Frage, wer von diesen profitierte, sondern auch darum, wer die moralische Autorität über Entwicklungsfragen behielt.<sup>14</sup> Dies zeigt sich auch an den Diskussionen um Reproduktion und Gesundheit. Heftig attackiert wurde beispielsweise das von dem USAID-Mitarbeiter »Johnny« Long und seinem guatemaltekischen Kollegen Alberto Viau Dávila initiierte INDAPS-Projekt. Mit der Vorstellung des Projekts 1971 hatte die Fakultät eine Untersuchungskommission einberufen, die das Projekt vor allem dafür kritisierte, dass es nur an einer Stellschraube drehte. In Anlehnung an dependenztheoretische Erklärungsmuster deutete die Fakultät das INDAPS-Projekt als Versuch, die bestehenden Ungleichheiten zu verwalten. Quirigúa, wo das Gesundheitsprojekt angesiedelt war, galt zudem wegen der Verbindungen zur United Fruit Company als Symbol für die engen US-amerikanisch-guatemaltekischen Verflechtungen, auch die kostspielige Renovierung des dortigen Krankenhauses für die Zwecke der neuen Ausbildungsstätte wurde kritisiert.<sup>15</sup> Aus der Kritik sprach

12 Hierzu siehe Kapitel 4.

13 *1er Seminario Estudiantil Centroamericano de Educación Médica, El porque de este seminario* (1.9.1969): Archivo de la Facultad de Ciencias Médicas (AFM), Microarchivo, S. 01-S/7 Seminarios Varios 1968-1971.

14 Vgl. Vrana, *This City Belongs to You*, 2017, S. 143. Dies hat Vrana vor allem am staatlichen Minenprojekt EXMIBAL aufgezeigt, das San Carlitas als Sinnbild für eine hegemoniale Politik der USA galt. Dieses Minenprogramm war ein gemeinsames Projekt von der Canadian International Nickel Company (INCO), der Hanna Mining Company of Cleveland in Ohio und der Regierung Peralta Azurdias. Auch die Weltbank war mit Investitionen an diesem Programm beteiligt.

15 Luis Octavio Ángel, *Memorandum interno, Comisión para el estudio del proyecto »Fortalecimiento del Sistema de salud pública en el área rural, Opinión sobre el asunto* (11.8.1971): AFM, Microarchivo, M.01-

auch die Enttäuschung darüber, dass die medizinische Fakultät und ihre eigenen Initiativen beim INDAPS-Projekt nicht einbezogen worden waren. Es ging konkret um die Finanzierung der medizinischen Fakultät, die zur Verbesserung der ländlichen Gesundheit ein praktisches Jahr eingeführt hatte und Gelder für Lehre und Koordination dieses *Ejercicio Profesional Supervisado* gut gebrauchen konnte. Dieses Kränkungsmoment und der Eindruck, dass die »nationalen Initiativen« nicht gewürdigt wurden, kam besonders deutlich bei der Stellungnahme des Zahnarztes und Fakultätsmitglieds Otto R. Méndez zum Ausdruck, der die Nachteile des INDAPS-Projekts wie höhere Kosten und schlechtere medizinische Kenntnisse gegenüber den Medizinstudierenden hervorhob.<sup>16</sup> Dass das Projekt schlussendlich trotz heftiger Kritik genehmigt wurde, bestätigte aus Sicht der medizinischen Fakultät abermals ihre Wahrnehmung von Entwicklungspolitik als koloniales, machtsicherndes Instrument.

Diese Erfahrungen formten auch die Haltung der medizinischen Fakultät gegenüber Familienplanung. Reproduktion und Geburtenkontrolle kristallisierten sich als Bereiche heraus, in denen guatemaltekeische Mediziner und Medizinerinnen erfolgreich Widerstand gegen den Einfluss ausländischer, zumeist US-amerikanischer Institutionen leisten konnten. Ganz im Sinne des universitären Mottos »No nos tientes« lehnten es Medizinstudierende rigoros ab, sich an Familienplanungsprogrammen zu beteiligen.<sup>17</sup> Aus der Sicht des USAID-Mitarbeiters »Johnny« Long, der diese Prozesse beobachtete, gefährdete diese Haltung die Verbreitung von Familienplanung in Guatemala, versuchte die medizinische Fakultät doch Medizinstudierende in den ländlichen Gesundheitsposten unterzubringen. Long gab gegenüber Ray Ravenholt an: »These students are, on the whole, opposed to f. p. services so that Cynthia and I see a potentially explosive situation.«<sup>18</sup>

Auch Kooperationen im Gesundheitsfeld nutzte die Fakultät, um die Verbreitung von Verhütungsmitteln in Guatemala zu stören. Als Soto Avendaño und seine Kollegen Kontakt zu dem US-amerikanischen Arzt Carroll Behrhorst aufnahmen, um eine Kooperation zur Ausbildung von Medizinstudierenden zu etablieren, hinterfragte die medizinische Fakultät die Beteiligung Behrhorsts bei der Verbreitung moderner Kontrazeptiva kritisch. Dieser hatte noch in den 1960er Jahren eng mit der USAID und dem Pathfinder Fund im Bereich der Verhütungsmittelforschung und -verbreitung zusammengearbeitet. Aus diesem Grunde verlangte die Universität, dass er

---

M/3. Dieses Argument findet sich auch in der offiziellen Stellungnahme der Fakultät: *Acta No.892 (8.11.1971)*: AFM, Actas de la Junta Directiva de la Facultad de Ciencias Médicas, 1970-1972.

16 Otto Méndez, *Enfoque crítico del proyecto sobre el técnico de salud – T.S.R. una alternativa (1971)*: AFM, Microarchivo, Microfichas S. 01-S/21 Servicio Médico Social 1966-1971, Proyecto de Técnico en Salud Rural.

17 »No nos tientes«, Fordere uns nicht heraus, war der Titel des Satiremagazins der Universität San Carlos, das seit 1898 jährlich herausgegeben wurde, und laut Heather Vrana die komplexe Beziehung von San Carlitas zum Staat treffend beschreibt. Mit »No nos tientes« leitet Vrana auch ihre Studie zu studentischem Aktivismus in Guatemala ein. Vgl. Vrana, *This City Belongs to You*, S. 2.

18 Ernest Croft Long an Ray Ravenholt (6.2.1974): National Archives at College Park, MD (NACP), Records of the Agency for International Development 286 (RG 286), USAID Mission to Guatemala (USAID M. GUA), Public Health Office, Subject Files, Container 16, Folder Population (General Correspondence).

die Existenz seines Familienplanungsprogramms begründen sollte, indem er die sozialen, politischen und ökonomischen Auswirkungen solcher Aktionen für das Land und den erschwerenden Faktor, dass die Existenz dieser Programme durch die hegemonischen Länder diktierten Politiken folgte, einbezog.<sup>19</sup>

Wie es scheint, lenkte Carroll Behrhorst daraufhin ein, zumindest brach er seine Kontakte zu den Geldgebern ab und zog sich zunächst aus dem Familienplanungsbereich zurück. Die Mitglieder der medizinischen Fakultät waren somit recht erfolgreich darin, eine familienplanungsfeindliche Haltung auch außerhalb der Universität zu popularisieren.

Ein weiterer Experte, an dessen Position die Strahlkraft dieser dependenztheoretisch motivierten Ablehnung von Familienplanung deutlich wird, ist Carlos Gehlert Mata. Dieser leitete Mitte der 1960er Jahre das Instituto Centroamericano de Población y Familia (ICAPF), das wichtigste Forschungsinstitut für Bevölkerungsfragen in Guatemala, das er als Direktor aufgebaut hatte. Über seine Arbeit am ICAPF hatte er seinen Status als bedeutender Gesundheitsexperte im Land weiter ausbauen können. An dem Entwicklungsversprechen, das Familienplanung zugrunde lag, hatte er jedoch im Laufe der Zeit immer wieder Zweifel geäußert. Diese Bedenken artikuliert er deutlich in einem 700-seitigen Sammelband, den das ICAPF 1972 mit dem Titel *Fecundidad in Guatemala* (Fertilität in Guatemala) publizierte. In der Einleitung positionierte sich Gehlert Mata als Gegenexperte zum *population establishment*, das er als »nicht-guatemaltektisch« und von »internationalen Organisationen« geführt wahrnahm. Dabei inszenierte er sich auch als besonnener Experte und gab an, die dominante Meinung dieser Organisationen einer »gelasseneren und realistischeren« Prüfung unterziehen zu wollen.<sup>20</sup> Er hob hervor, dass die negativen Folgen von Bevölkerungswachstum in Guatemala durchaus zu bemerken seien. Zugleich stellte er jedoch in Frage, dass allein durch eine Verringerung der Geburtenzahl automatisch die sozioökonomische Entwicklung in Guatemala angekurbelt werden würde. Vielmehr müssten die zugrundeliegenden wirtschaftlichen und sozialen Strukturen verändert werden. Damit folgte er der medizinischen Fakultät, die, in Anlehnung an marxistische und dependenztheoretische Ideen, immer wieder gesellschaftlichen und ökonomischen Wandel forderte.

Gehlert Matas Abschlussplädoyer, in dem er seine grundlegenden Kriterien für Bevölkerungspolitik in Guatemala darlegte, liest sich daher weniger als eine Anleitung für eine Bevölkerungspolitik, sondern vielmehr als Vorschlag für eine neue Sozial- und Wirtschaftspolitik. Er sprach zwar von fertilitätsregulierender Bevölkerungspolitik,

19 *Junta Directiva de la Facultad de Ciencias Médicas, Acta 1035 (7.9.1973):* AFM, Actas de la Junta Directiva 1970-1974, Bd. 3, 971-1054. »Justifique la existencia del Programa de Planificación Familiar, tomando en cuenta las repercusiones sociales, políticas y económicas que tales acciones representan para el país, con el agravante que la existencia de los programas obedecen a política dictada en los países hegemónicos.« Ähnliches galt für die Micatocla-Klinik in Santiago de Atitlán, die von der Diözese in Oklahoma und Tulsa 1964 etabliert worden war. Vgl. *Bericht von Carlos A. Waldheim an José Quiñónez (20.3.1973)* sowie Briefwechsel zwischen Padre Judas Pansini und César Vargas, März 1973: AFM, Microarchivo, C.02-C/82, Convenios Varios.

20 Gehlert Mata, Carlos: »Introducción«, in: ICAPF, *Fecundidad en Guatemala*, 1972, S. I–XVI, hier: S. VII.

diese solle sich jedoch nicht am kollektiven Wohl orientieren, sondern die Rechte und Bedürfnisse guatemaltekischer Familien in den Mittelpunkt stellen.<sup>21</sup> Damit war Gehlert Mata einer der wenigen Experten in Guatemala, der zwischen einer auf das Wohl der Nation ausgerichteten Bevölkerungskontrolle und einem individuellem Recht auf Geburtenkontrolle unterschied. Eine solche Politik, so argumentierte Gehlert Mata, sollte nicht nur Möglichkeiten für eine Begrenzung der Kinderzahl schaffen, sondern auch die sozialen, ökonomischen und politischen Strukturen aufbauen, auf deren Grundlagen guatemaltekische Familien tatsächlich frei über ihre Kinderzahl entscheiden konnten. Der Gesundheitsexperte blieb gegenüber hormonellen und intrauterinen Verhütungsmethoden skeptisch eingestellt, bedeutender erschien ihm, ähnlich wie vielen seiner Zeitgenossen, eine pädagogisch ausgelegte *paternidad responsable*. Besondere Beachtung schenkte er der Frage, wie die Probleme im ländlichen Guatemala gelöst werden konnten, aus denen aus seiner Perspektive auch eine urbane Krise resultierte. Seine Vorschläge für eine »geographische Bevölkerungsverteilung« bezogen sich auf soziale und wirtschaftliche Maßnahmen, die Migration im Lande obsolet machen sollten: Lebensstandards sollten regional angepasst, Bildungs- und Gesundheitsdienste im ländlichen Raum ausgebaut und Ressourcen im Sinne einer »territorialen Integration« besser verteilt werden.<sup>22</sup> Mit seinen Hinweisen auf eine gerechte Umverteilung von Ressourcen und Veränderung ökonomischer und sozialer Strukturen adaptierte Gehlert Mata dependenztheoretische Lösungsansätze. Interessanterweise fand der Aufruf nach tiefgründigen sozioökonomischen Reformen bei ihm jedoch eine bevölkerungspolitische Verpackung.

Schlug Gehlert Mata in seinem Werk noch einen moderaten Ton ein, so trat er im guatemaltekischen Kongress als kritischer Oppositioneller auf. 1970 war er als Abgeordneter der Christdemokratischen Partei in den guatemaltekischen Kongress gewählt worden. Fragen um Gesundheit und Geburtenkontrolle dienten ihm dazu, sich kritisch gegenüber einer von der Militärregierung geführten Entwicklungspolitik zu positionieren. 1972 stellte er sich im Kongress gegen das von der USAID geplante INDAPS-Projekt, da dieses »auf direkte und indirekte Weise die Interessen Guatemalas« verletze.<sup>23</sup> Gehlert Mata, ebenso wie sein Parteikollege Leon Schlotter, kritisierte zum einen die Form der Geldzahlungen der USAID, mit der das INDAPS-Projekt finanziert wurde. Zum anderen solidarisierte sich Gehlert Mata mit den Anliegen der medizinischen Fakultät und kritisierte scharf, dass diese wichtige medizinische Institution in den neuen Gesundheitsplan nicht einbezogen worden war.<sup>24</sup> Auch das Thema Abtreibungen nutzte Gehlert Mata, um die Autorität der guatemaltekischen Medizinerschaft gegenüber der Militärregierung wiederherzustellen. Als das neue Abtreibungsgesetz im Februar 1973 im guatemaltekischen Kongress besprochen wurde, setzte er sich erfolgreich für die

21 Vgl. Gehlert Mata, Carlos: »Criterios básicos doctrinarios para una política de población en Guatemala«, in: ICAPF, *Fecundidad en Guatemala*, 1972, S. 701-709, hier S. 702.

22 Vgl. ICAPF, *Fecundidad en Guatemala*, 1972, S. 705.

23 *Carlos Gehlert Mata (12.4.1972)*: Archivo del Congreso de la República Guatemala (ACRG), Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1971-1972, Sesiones Ordinarias, Tomo II, Número 79.

24 Ebd.

Etablierung der vom Colegio de Médicos, der wichtigsten Berufsvereinigung guatemalteki-scher Ärzte und Ärztinnen, geleiteten Untersuchungskommission ein und brachte eine Debatte über Geburtenkontrolle und Reproduktion ins Rollen.<sup>25</sup> Gesundheit und Bevölkerung fungierten somit als wichtige politische Felder, in denen die guatemalteki-sche Opposition versuchte, ihre Autorität und Deutungsmacht über Entwicklungsfragen zu untermauern und die militarisierte Entwicklungspolitik der Militärregierung Arana Osorios zu hinterfragen.

Die Verantwortlichen der USAID und des Population Council, die Gehlert Mata und ›sein‹ Instituto Centroamericano de Población y Familia in den frühen 1970er Jahren unterstützten, beobachteten das Auftreten Gehlert Matas im Kongress kritisch, da sie in ihm in den 1960er Jahren einen wichtigen Verbündeten gesehen hatten. Dass er nun die Gesundheitspolitik der USAID in Guatemala offen kritisierte, stieß auf große Verwunderung und Ärger innerhalb der USAID Mission to Guatemala. So hielt es zumindest der US-amerikanische Bevölkerungsexperte J. Mayone Stycos fest, der im Auftrag des Population Council 1972 nach Guatemala reiste, um das ICAPF und die Arbeit Gehlert Matas zu evaluieren und eine Weiterfinanzierung zu prüfen. In seinem Bericht beschrieb Stycos, dass der damalige Leiter der USAID in Guatemala über Gehlert Matas »Attacke« auf das INDAPS-Projekt vor Wut getobt und dem Population Council von einer Weiterfinanzierung abgeraten habe. Innerhalb der USAID galt Mata dann auch als potenziell »gefährliches Element« für eine Bevölkerungspolitik in Guatemala.<sup>26</sup> Schlussendlich stoppte der Population Council die Finanzierung, auch, da eine Kooperation zwischen der guatemalteki-schen Familienplanungsorganisation Aprofam und dem ICAPF nicht zustande gekommen war.

Damit hatte sich die Wahrnehmung der US-amerikanischen Entwicklungsexperten und -expertinnen von Gehlert Mata radikal gewandelt: War er Mitte der 1960er Jahre als »eindrucksvoller« und wichtiger Multiplikator beschrieben worden, sah man in ihm ab 1972 einen potenziellen Gefährder für die US-amerikanische Bevölkerungspolitik im Land. Die dependenztheoretischen Erklärungsmuster, die guatemalteki-schen Ärzten und Ärztinnen nun als neues Instrumentarium dienten, um Lösungsansätze für Guatemala zu formulieren, fanden bei den US-amerikanischen Experten und Expertinnen dabei keine Beachtung. Der Universität, und genauer der medizinischen Fakultät, ist bei der Popularisierung dependenztheoretischer Ansätze in Guatemala eine bedeutende norm- und meinungsgebende Funktion zuzuschreiben. In den universitären und akademischen Kontexten fanden sich die neuen Gegenexperten und -expertinnen, die das Entwicklungsversprechen, das Familienplanung zugrunde lag, und die Verbreitung moderner Kontrazeptiva als Lösungsansatz für Guatemala in den frühen 1970er Jahren in Frage stellten. Diese dependenztheoretisch verankerte Deutung des ›Bevölkerungsproblems‹ entwickelte sich in den folgenden Jahren zum dominanten Narrativ, das von

25 Siehe zur Abtreibungsdebatte die Kongressunterlagen vom 31.1., 7.2. und 12.2.1973: ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1972-1973, Tomo II, Numero 73.

26 J. Mayone Stycos to Lee Bean, Charles Lininger, August 1972 Trip to Guatemala (29.8.1972): Rockefeller Archive Center (RAC), Population Council Collection (PC), Acc. 2, Box 77, Folder 734.

gesellschaftlichen Gruppen mit unterschiedlicher ideologischer, religiöser und politischer Weltanschauung vertreten wurde.

## 7.2 Bukarest 1974 und die Folgen – Kritik an Familienplanung als gesellschaftlicher Konsens

Im akademisch-medizinischen Umfeld wurde bereits in den frühen 1970er Jahren Bevölkerungswachstum dependenztheoretisch als Folge und nicht als Ursache sozioökonomischer Ungleichheit interpretiert und Familienplanung als entwicklungspolitischer Lösungsansatz rigoros abgelehnt. Dieser Befund deckt sich mit den Beobachtungen Maria Dörnemanns zu Kenia, die argumentiert, dass das entwicklungspolitische Versprechen, das Familienplanung zugrunde lag, weit vor der dritten Bevölkerungskonferenz im September 1974 in Bukarest an Bedeutung verloren hatte. Die Bukarestkonferenz war, so Dörnemann weiter, somit eher der Moment, an dem die Auflösung eines Entwicklungsversprechens offen zu Tage trat.<sup>27</sup> Dennoch stellte diese Weltbevölkerungskonferenz, die in Guatemala ein großes Medienecho erhielt, aus zweierlei Hinsicht einen Wendepunkt für das Land dar: Zum einen fanden sich in der guatemaltekischen Regierung neue Fürsprecher und Fürsprecherinnen einer Fertilitätsregulierung. Zum anderen facten diese Initiativen gemeinsam mit der Weltbevölkerungskonferenz die Diskussionen um Bevölkerungswachstum, Geburtenkontrolle und Familienplanung in dem zentralamerikanischen Land weiter an. In Zuge dessen setzte sich eine antiimperialistische Lesart von Familienplanung als breiter gesellschaftlicher Konsens durch, der politische, ideologische wie religiöse Grenzlinien überwand. Die Bevölkerungskonferenz hatte somit in beide Richtungen – sowohl für Verfechter als auch Gegner von Familienplanung – einen katalysierenden Effekt.

Die dritte Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest wurde in der guatemaltekischen Öffentlichkeit auch deshalb genau verfolgt, da hier nicht nur Experten und Expertinnen aus der Entwicklungspolitik und Wissenschaft zusammenkamen, sondern erstmalig auch Repräsentanten und Repräsentantinnen aus über 130 Ländern sowie kritische Nichtregierungsorganisationen wie feministische und katholische Gruppen teilnahmen.<sup>28</sup> Inwieweit auch guatemaltekische NGOs nach Rumänien geschickt wurden, geht aus den verfügbaren Quellenbeständen nicht hervor. Klar ist hingegen, dass Guatemala eine staatliche Delegation entsandte, zu der unter anderem der Gesundheitsminister José Trinidad Uclés, der Demograf Jorge Arias de Blois und der Bildungsminister Alejandro Maldonado Aguirre zählten.<sup>29</sup> Auch die guatemaltekische Presse war vertreten: die Journalistin Blanca Rosa González de Aragón war nach Rumänien gereist, um

27 Vgl. Dörnemann, *Plan Your Family*, 2019, S. 256.

28 Vgl. Finkle, Jason L.; Crane, Barbara B.: »The Politics of Bucharest. Population, Development, and the New International Economic Order«, in: *Population and Development Review*, 1, 1, 1975, S. 87-114, hier: S. 87; 97-98.

29 Vgl. González de Aragón, Blanca Rosa: »Consideraciones sobre la conferencia mundial de población«, in: *La Hora* (9.11.1974).

dort an einer von den Vereinten Nationen organisierten Diskussionsrunde für nationale Pressevertreter und -vertreterinnen teilzunehmen.<sup>30</sup> Sie war auch diejenige, die von der Konferenz und der Position der guatemaltekischen Delegation in der Tageszeitung *La Hora* berichtete.

Ähnlich wie viele andere Abgesandte der ›Dritten Welt‹ besaßen auch die guatemaltekischen Delegierten, mit Ausnahme des Demografen Jorge Arias de Blois, eine skeptische bis kritische Haltung gegenüber einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik. Drei Aspekte waren, so Blanca Rosa González de Aragón, für die guatemaltekische Delegation ausschlaggebend, um den World Population Plan, der bei dieser Konferenz von der Staatengemeinschaft unterzeichnet werden sollte, zu unterstützen: Sie plädierte für eine verantwortungsvolle Elternschaft, die absolute Entscheidungsfreiheit von Paaren über ihre Kinderzahl sowie eine faire Welthandelsordnung.<sup>31</sup> Diese Punkte reflektierten auch die dominanten Themen bei der Konferenz in Bukarest. Während sich internationale Bevölkerungsexperten und -expertinnen von der Konferenz breite Unterstützung einer entwicklungspolitisch gedachten Bevölkerungskontrolle erhofft hatten, prägten andere Themen die Diskussion: Zum einen stand die Frage nach der Gestaltung und Umsetzung globaler Bevölkerungspolitiken im Fokus. Gruppen wie die ›Non-Malthusian Coalition‹ machten den Missbrauch von Sterilisationspraktiken öffentlich und kritisierten eine Politik der Bevölkerungskontrolle, bei der die individuellen Rechte und Bedürfnisse einer volkswirtschaftlich gedachten Entwicklung untergeordnet wurden.<sup>32</sup> Gemäß ihrer Grundsätze bezog die guatemaltekische Delegation deutlich Stellung gegen eine auf modernen Kontrazeptiva basierenden Bevölkerungskontrolle. Zum anderen wurde auf der Konferenz soziale Gerechtigkeit und damit zusammenhängenden die Frage, wie die sozioökonomische Entwicklung der ›Dritten Welt‹ erreicht werden könnte, verhandelt. Die guatemaltekischen Delegierten teilten hierbei die Position vieler anderer Länder des globalen Südens, dass eine sozioökonomische Entwicklung nur eintreten könne, wenn auch der Welthandel fair und gerecht organisiert würde. Hieran manifestiert sich die von Dörnemann beschriebene Auflösung eines ›Entwicklungskonsens‹: ›Unterentwicklung‹ und soziale Ungleichheit wurden nicht mehr länger national, sondern im Hinblick auf die Asymmetrien einer globalen Wirtschaft erklärt. Statt ›Entwicklung‹ wurde nun eine New Economic World Order als Lösungsansatz diskutiert, die in Reaktion auf die Ölkrise 1973 und den Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods von den so genannten Entwicklungsländern gefordert wurde, und bei der ebenfalls eine Modernisierungsformel, die sich in der Vorstellung eines permanenten globalen Wachstums und Fortschritts begründete, in Frage gestellt wurde.<sup>33</sup> Bauten die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung auf dependenztheoretischen Erklärungsmustern auf, forderten die nach Bukarest gereisten politischen Vertreter Guatemalas eine Verbesserung der Handelsbedingungen für das Land, während kritisch-linke Akademiker und Akademikerinnen innerhalb Guatemalas die strukturellen Abhängigkeitsverhältnisse und die daraus entstandene Begünstigung

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Connelly, *Fatal Misconception*, 2008, S. 313ff.

33 Vgl. Dörnemann, *Plan Your Family*, 2019, S. 265ff.

nationaler Eliten auf Kosten einer Marginalisierung zahlreicher Menschen in Guatemala anklagten.<sup>34</sup>

Doch gerade in diesem Moment, als sich verschiedene guatemalteckische Gesellschaftsgruppen trotz ihrer divergierenden dependenztheoretischen Ansätze an dem Punkt trafen, dass sie eine antinatalistische Bevölkerungspolitik für das Land ablehnten, gab es innerhalb der neuen Regierung des Generals Kjell Eugenio Laugerud Garcías, der im Juli 1974 zum guatemalteckischen Präsidenten gewählt worden war, erstmalig Tendenzen, eine entwicklungspolitisch gedachte Bevölkerungskontrollpolitik in Guatemala einzuführen. Im Oktober 1974, kurz nach der im August desselben Jahres abgehaltenen Bukarest-Konferenz, schlug die staatliche Kommission für Sozialreformen, an deren Spitze die Guatemaltekin Grace Hernández de Zirión stand, die Gründung eines nationalen »Instituts für verantwortungsvolle Elternschaft und Schutz der Familie« vor, das, so die Kongressunterlagen, die »chaotische Situation, die eine unkontrollierte demografische Explosion mit sich bringen kann«, lösen sollte.<sup>35</sup> Diese Initiative begründete die guatemalteckische Politikerin eben mit der Bevölkerungskonferenz in Bukarest, bei der die Folgen eines Bevölkerungswachstums abermals betont worden seien.<sup>36</sup> Die Weltbevölkerungskonferenz bestärkte somit auch guatemalteckische Familienplanungsverfechter und -verfechterinnen in ihrem Vorhaben. Inwieweit Zirión auch in Kontakt zur USAID in Guatemala stand und dieser Projektantrag auf ihre Lobbyarbeit zurückzuführen ist, geht aus der USAID-Korrespondenz nicht eindeutig hervor. Zwar wurden USAID und Aprofam über den Vorschlag informiert, waren an dessen Ausarbeitung jedoch nicht beteiligt.<sup>37</sup> Zugleich ging es Zirión darum, ihre Position in der neuen Regierung und die Kommission für Sozialreformen zu stärken. Denn Letztere sollte, so der Projektantrag, die Leitung des zu gründenden Familienplanungsinstituts übernehmen und somit andere staatliche und nichtstaatliche Institutionen, die zuvor für Familienplanung zuständig waren, wie das Gesundheitsministerium und die Aprofam, ablösen. Bevölkerungspolitik funktionierte hier also als machtpolitisches Instrument.

Der Vorschlag war insofern außergewöhnlich, als dass hier erstmals in Guatemala auf politischer Ebene Bevölkerungswachstum als sicherheitspolitisches Problem im Kontext des Kalten Krieges gedeutet wurde. Zirión argumentierte, dass eine stetig wachsende »Masse« die »etablierten Strukturen zur Erhaltung des sozialen Friedens«

34 Die *New International Economic Order* ist auch als pragmatische Weiterentwicklung dependenztheoretischer Ansätze gedeutet worden. Vgl. Stockmann, Reinhard; Menzel, Ulrich; Nuscheler, Franz: *Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien*, Oldenbourg: De Gruyter 2015, S. 135ff. Zu den unterschiedlichen Tendenzen innerhalb einer heterogenen dependenztheoretischen Strömung siehe Kampmann, Susanne: *Die Interdependenz der Ordnungen. Entwicklungszusammenarbeit als interkulturelles Diskursfeld*, Hamburg: Bachelor + Master Publishing 2013, S. 16.

35 *Anteproyecto »Instituto Nacional de Paternidad Responsable y Protección de la Familia«, Congreso de la República (14.10.1974)*: ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 6.

36 Ebd.

37 Die USAID Mission to Guatemala vermerkte zwar den Projektvorschlag und wies in einigen ihrer kurzen Berichte darauf hin, jedoch finden sich keine Korrespondenzen zwischen Hernández de Zirión und Ernest Croft Long oder Cynthia Burski.

und schlussendlich die Stabilität des Staates gefährden würde.<sup>38</sup> blieb sie hier unkonkret, musste der Mehrheit der Abgeordneten im Kongress wohl klar sein, worauf sie anspielte: Die Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen im Land war in den frühen 1970er Jahren stark gestiegen. Neben unterschiedlich begründeten breiten Protestwellen organisierte sich die Opposition in zunehmendem Maße, und auch Guerillaaktivitäten nahmen im städtischen Raum wieder zu.<sup>39</sup> Dies war ziemlich exakt das Szenario, das US-amerikanische Sicherheits- und Bevölkerungsexperten und -expertinnen schon vor Jahren befürchtet hatten und das nun von Zirión aufgenommen wurde. Sie argumentierte, dass in dieser Situation eine ›Bevölkerungsexplosion‹ den kommunistischen Einfluss in Guatemala weiter verschärfen würde und nur entsprechende Maßnahmen eine Eskalation verhindern konnten.

Ihr Vorschlag war von einer eugenisch-biologistischen Sichtweise auf die guatemalteckische Gesellschaft geprägt: Zirión ging es keinesfalls allein um die Größe der guatemalteckischen Bevölkerung, sondern auch um die »Qualität des menschlichen Elements«. <sup>40</sup> Diese Qualität machte sie vor allem am sozialen und wirtschaftlichen Status fest. So sei nur eine Minderheit der guatemalteckischen Bevölkerung im Stande, ihre Kinder rational zu planen, wohingegen sich die »große ungebildete und ökonomisch schwache Mehrheit« »gedankenlos vermehren« würde. Ungewollte Kinder, die in sozial schwache Familie hineingeboren wurden, beschrieb sie gar als »soziale Parasiten«, die die Ressourcen der guatemalteckischen Gesellschaft absorbierten.<sup>41</sup> Die Merkmale eines *social engineering* werden auch in der Konzipierung dieses Instituts deutlich erkennbar: Geplant waren nicht nur interventionistisch-bestrafende, sondern auch reformerische, erzieherische und maßregelnde Maßnahmen, mit denen Guatemalas sozial marginalisierte Bevölkerungsgruppen adressiert werden sollten. Prägnant zeigt sich dies an dem Finanzierungsmodell: So sollte das Institut durch die Besteuerung alkoholischer Getränke finanziert werden, was auch auf eine Eindämmung des Alkoholkonsums, der als Problem der urbanen Unterschicht aufgefasst wurde, im Land abzielte.<sup>42</sup>

Der Vorschlag heizte die Debatte um Familienplanung in Guatemala weiter an, im guatemalteckischen Kongress diskutierten die Delegierten das neue Gesetz in langen Sitzungstagen im November 1974. Fand Hernández de Zirión auch Fürsprecher, die ihre Sorge um eine durch die »demografische Explosion« verursachte Notlage und ihre Implikationen für Guatemala teilten, so waren es vor allem kritische Personen, die sich in langen Wortbeiträgen gegen die Vorstellung wehrten, dass Geburtenkontrolle Guatemalas sozioökonomischen Probleme lösen könne.<sup>43</sup> Auch außerhalb des Kongresses regte sich heftiger Widerstand gegen die Gesetzesinitiative, und zwar nicht allein bei

38 *Anteproyecto ›Instituto Nacional de Paternidad Responsable y Protección de la Familia‹, Congreso de la República (14.10.1974):* ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 8.

39 Vgl. Jonas, *Battle for Guatemala*, 1991, S. 123.

40 *Anteproyecto ›Instituto Nacional de Paternidad Responsable y Protección de la Familia‹, Congreso de la República (14.10.1974):* ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 10.

41 Ebd., S. 8f.

42 Ebd., S. 12.

43 Die Kongressdebatten liefen vom 14. Oktober 1974 bis zum 19. November 1974.

ohnehin kritischen Gruppen wie der Universität, sondern auch bei der Aprofam, die in dem Institut eine unnötige Dopplung ihrer Tätigkeiten und ihre Monopolstellung im Familienplanungsbereich in Guatemala gefährdet sah. Angesichts der ohnehin klaren Ablehnung einer Bevölkerungskontrollpolitik im Land verstand die Aprofam zudem vermutlich die diskriminierende, eugenisch motivierte Argumentation, die dem Institut zugrunde lag, als kontraproduktiv für die Popularisierung von Familienplanung im Land. Eine wichtigere Rolle spielten jedoch Aktivistinnen, die sich im guatemaltekischen Frauenkomitee für Kooperation engagierten. Die Gründung dieses Komitees ist auf die Initiative der Interamerikanischen Kommission für Frauen zurückzuführen, die sich in Vorbereitung auf die für 1975 geplante erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko um eine stärkere Vernetzung von Frauengruppen in den Amerikas bemühte. Frauen waren in den Debatten um Bevölkerung und Familienplanung in Guatemala in den 1960er Jahren kaum vertreten gewesen, was sich zum Zeitpunkt der Weltbevölkerungskonferenz 1974 entscheidend änderte. Gemeinsam mit der Aprofam organisierte dieses Frauenkomitee im November 1974 einen runden Tisch, um den Projektvorschlag von Zirión zu diskutieren.<sup>44</sup> Wortführerinnen waren Ana María Vargas de Ortiz, die als eine der ersten Frauen in Guatemala Jura studiert und im Laufe der 1960er und 1970er Jahre zahlreiche Frauenorganisationen mitbegründet hatte, sowie Violeta de Carpio, die sich insbesondere für Frauen in der Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung engagierte.<sup>45</sup> Beide lassen sich zu einem ersten akademischen Feminismus zählen, deren Vertreterinnen in den guatemaltekischen Tageszeitungen ein wichtiges Sprachrohr fanden.<sup>46</sup> Vargas Ortiz und de Carpio prägten die Debatte um das geplante ›Institut für verantwortungsvolle Elternschaft und Schutz der Familie‹ nachhaltig und ihre Stellungnahmen fanden bei guatemaltekischen Abgeordneten im Kongress Gehör.<sup>47</sup>

Bei der Kritik dieser beiden guatemaltekischen Aktivistinnen an dem geplanten Institut ging es zum einen um die Frage, wie Familienplanung umgesetzt werden sollte, und zum anderen ganz wesentlich um Entwicklung und soziale Gerechtigkeit. Vargas Ortiz und de Carpio unterstellten Grace Hernández de Zirión, das Konzept der *paternidad responsable* für eine Verbreitung hormoneller und intrauterinen Verhütungsmittel zu missbrauchen. Einer biologischen Fertilitätsregulierung stellten die beiden Frauen einen pädagogischen, christlich motivierten Ansatz gegenüber. Bildung statt Verhütungsmittel war ihre Devise, der sich in Guatemala zahlreiche Gruppen verschrieben

44 »No aprobar ley de paternidad responsable piden al congreso«, in: *La Hora* (16.11.1974).

45 Castro Mejía, Dina Esther: *Ana María Rosa Vargas de Ortiz. Insigne pionera de lucha por la dignificación de la mujer y niñez guatemalteca* o. D., URL: <https://elperiodico.com.gt/opinion/2016/01/22/ana-maria-rosa-vargas-de-ortiz/> (06.04.2018).

46 Vgl. Carrillo, Ana Lorena; Stoltz Chinchilla, Norma: »From Urban Elite to Peasant Organizing. Agendas, Accomplishments, and Challenges of Thirty-Plus Years of Guatemalan Feminism, 1975-2007«, in: Maier, E.; Lebon, N. (Hg.): *Women's Activism in Latin America and the Caribbean. Engendering Social Justice, Democratizing Citizenship*, New Brunswick: Rutgers University Press 2010, S. 140-156. Bislang gibt es zu den frühen guatemaltekischen Frauenorganisationen, aber auch insgesamt zur Geschichte von Frauen in den 1960er und 1970er Jahren in Guatemala kaum Literatur.

47 Der Abgeordnete Bravo López bezog sich direkt auf Ana María Vargas und ihre Stellungnahmen, vgl. *Congreso de la República* (19.11.1974): ACRC, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num.47, S. 32.

hatten.<sup>48</sup> Zugleich zeugen die Stellungnahmen der beiden Aktivistinnen von einer tiefen Skepsis gegenüber dem Entwicklungsversprechen, das Familienplanung zugrunde gelegt wurde. Violeta de Carpio erklärte Guatemalas Probleme dependenztheoretisch, führte die »Ineffizienz von Entwicklungsprogrammen« auf eine Krise des Kapitalismus zurück und definierte das »Bevölkerungsproblem« als ungleiche Verteilung von Ressourcen.<sup>49</sup> Dabei ging es den politisch oppositionellen Akademikerinnen nicht bloß um faire Handelsbedingungen, sondern ausdrücklich um soziale und wirtschaftliche Umbrüche innerhalb Guatemalas. Die Guatemaltekinen nutzten das Bevölkerungsthema, um Forderungen nach Sozial- und Wirtschaftsreformen zu artikulieren und die militärische Entwicklungspolitik im Land zu kritisieren. So wurde die Kritik an dem Institut an Forderungen nach Land-, Bildungs- und Gesundheitsreformen gekoppelt, denn aus Sicht Vargas de Ortiz' hatte die Familienplanungspolitik zu einer Verschiebung von Prioritäten und damit zu einer Verschlechterung auf zahlreichen Ebenen – Ernährung, medizinische Versorgung, Trinkwasser und Schulbildung – geführt.<sup>50</sup> Wie hier deutlich wird, verstanden die guatemaltekinischen Aktivistinnen Familienplanung in erster Linie als soziale Angelegenheit, nicht jedoch als feministisches Thema. Geburtenkontrolle als emanzipatorisches Instrument und das Recht der Frau auf ihren eigenen Körper, also das, was Feministen und Feministinnen in »westlichen« Ländern eingefordert hatten und auch bei der Weltbevölkerungskonferenz reklamierten, spielte in Zusammenhang mit der Kritik an dem Institut für die beiden Guatemaltekinen keine Rolle.<sup>51</sup> Dementsprechend findet sich eine ähnliche Argumentation auch bei männlichen Mitstreitern wieder, beispielsweise beim Abgeordneten Bravo López, der, bezugnehmend auf die Positionen von Ana María Vargas, angab:

»Das Nationale Institut für verantwortungsvolle Elternschaft ist unnötig, es schafft mehr Bürokratie, was das Land braucht, sind Arbeitsplätze und eine bessere Planung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.«<sup>52</sup>

Dieser Meinung schloss sich auch der Mediziner Arturo Soto Avendaño an, und er verknüpfte zugleich die Kritik an der »demografischen Frage« mit der Forderung nach einer neuen Politik für Guatemala:

- 
- 48 Carpio, Violeta de: »Otra opinión femenina sobre la ley de doña Grace«, in: *La Hora* (21.11.1974); Vargas de Ortiz, Ana María: »Mesa redonda sobre paternidad responsable«, in: *La Hora* (18.11.1974).
- 49 Carpio, Otra opinión femenina, 21.11.1974.
- 50 Vgl. Vargas de Ortiz, Mesa redonda, 18.11.1974.
- 51 Grundsätzlich wurden »Frauenfragen« in einem antikapitalistischen Kampf um soziale Gerechtigkeit in einer linken feministischen Bewegung hinten angestellt. Die Vorstellung war, dass in einer postkapitalistischen, gerechten Gesellschaft automatisch auch Geschlechterungleichheit aufgelöst werden könnte. Aguilar, Leticia: »Un movimiento de mujeres embrionario. Guatemala«, in: Aguilar, Leticia; Montenegro, Sofía (Hg.): *Movimiento de mujeres en Centroamérica*, Managua: Programa Regional La Corriente 1997, S. 83-168, hier: S. 97.
- 52 Der guatemaltekinische Abgeordnete Bravo López in *Congreso de la República* (19.11.1974): ACRC, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 32. »El Instituto Nacional de Paternidad Responsable es innecesario, es crear más burocracia, el país lo que necesita son fuentes de trabajo y mejor planificación del desarrollo económico y social.« Der Vorname dieses Abgeordneten und die Partei, der er angehörte, konnten nicht ermittelt werden.

Lasst uns hoffen, dass diejenigen Guatemalteken, die nur mit Schwierigkeiten unsere soziopolitische Realität wahrnehmen, diese Barriere aufheben, und mit der Macht, die sie schon besitzen, helfen, unsere Bevölkerungspolitik und unsere Politik im Allgemeinen neu auszurichten.<sup>53</sup>

Das Entwicklungsversprechen hatte jedoch nicht nur bei ohnehin kritischen Gruppen an Bedeutung verloren, sondern auch bei denjenigen, die die antikommunistische Entwicklungspolitik der Militärregierungen lange unterstützt hatten: Hierzu zählte der guatemaltekische Erzbischof Mario Casariego y Acevedo, der im Sinne der Doktrin der katholischen Kirche die Verbreitung moderner Kontrazeptiva ablehnte. Griff er damit auf ein kanonisiertes Argument der Kirche zurück, so fragte er zugleich herausfordernd – und sprach damit politische Verantwortliche an – in seinem offenen Brief: »Hat man wirklich alles Mögliche getan und alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um in Guatemala ein Klima der sozialen Gerechtigkeit zu schaffen?«<sup>54</sup> Die Kritik an einem Entwicklungsversprechen überschritt in Guatemala somit geschlechtliche, religiöse und politische Grenzlinien.

In den Debatten um das geplante ›Institut für verantwortungsvolle Elternschaft und Schutz der Familie‹ wurde ebenfalls Ethnizität, soziale Zugehörigkeit und Nationalität verhandelt. Denn über den Gesetzesvorschlag der Abgeordneten Zirión entspannten sich sowohl im guatemaltekischen Parlament als auch in der guatemaltekischen Presse heftige Diskussionen über indigene Menschen als Zielgruppe des Instituts, dessen womöglich eugenisch-rassistische Ausrichtung und, hieran anknüpfend, über die Bedeutung indigener Gruppen für den Entwicklungsprozess Guatemalas. Die heftigen Reaktionen waren auch deshalb auffällig, da Hernández de Zirión, trotz der klar eugenischen, bevölkerungspolitischen Ausrichtung der Initiative, in ihrem Projektantrag indigene Gruppen nicht wörtlich erwähnt hatte. Nichtsdestotrotz warfen ihr Kritiker und Kritikerinnen vor, das Institut allein für eine Bevölkerungskontrolle der indigenen Bevölkerung zu missbrauchen. Als Beispiele für eine rassistische interventionistische Bevölkerungspolitik wurden Puerto Rico und Kolumbien in den Kongressgesprächen angeführt.<sup>55</sup> Eben die Beispiele aus anderen Ländern führten Gonzalo Yurrita Cuesta, so argumentierte der Abgeordnete der oppositionellen Partido Revolucionario im guatemaltekischen Kongress, zur Frage, ob derartige Initiativen trotz der »guten Absicht« zu Sterilisationskampagnen führen könnten und ob dem Problem – aus seiner Sicht die soziale Ungerechtigkeit im Land – nicht mit anderen Maßnahmen, wie der Umverteilung von Ressourcen, begegnet werden könne.<sup>56</sup> Hieran anknüpfend setzten er und

53 Soto Avendaño, Arturo: »Consideraciones demográficas guatemaltecas«, in: *La Hora* (Noviembre 1974). »Esperemos que los guatemaltecos con dificultad de percibir nuestra realidad socio-política, dejen de tener esta barrera, y que con el poder que ya posean ayuden a reorientar nuestra política demográfica y nuestra política en general.«

54 Cardenal Casariego, Mario: »A propósito del ›Año de Población‹. Carta circular«, in: *La Hora* (11.9.1974). »¿Se ha hecho todo lo posible y se han agotado todos los medios para crear en Guatemala un clima de auténtica justicia social?«

55 Beispielsweise der Abgeordnete Gonzalo Yurrita Cuesta im Parlament: *Congreso de la República* (19.11.1974): ACRC, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 25;

56 Ebd., S. 26.

andere Parlamentarier sich mit der Rolle auseinander, die indigene Menschen im sozioökonomischen Entwicklungsprozess in Guatemala spielten beziehungsweise spielen sollten. Die Kritiker in der Kongressdebatte stellten sich hierbei gegen die bis dato vom Seminario de Integración Social Guatemalteco (SISG) und den Militärregierungen popularisierte Ansicht, dass indigene Bevölkerungsgruppen das grundlegende Problem für Guatemalas ›Entwicklung‹ darstellten und das gesamte Land nur mittels der Erziehung indigener Männer und Frauen zu kapitalistisch denkenden, nach ›westlichem‹ Vorbild lebenden Bürgern und Bürgerinnen in die Moderne geführt werden könne.<sup>57</sup> Die Kritik an dieser Wahrnehmung und der daraus resultierenden Indigenista-Politik war parteiübergreifend. Unmissverständlich stellte so Yurrita Cuesta klar: »Wir [Partido Revolucionario] wissen nicht, woher die These kommt, dass der Indigene das Problem in Guatemala darstellt.«<sup>58</sup> Und der für das Departamento Quiché gewählte Christdemokrat Julio Hamilton Noriega Natareno<sup>59</sup> gab ebenfalls an: »[...] es beunruhigt mich, dass wir Ladinos immer an das Problem des *Indio* denken, während sie ganz zu Recht über das Problem des Ladino nachdenken.«<sup>60</sup>

Verbunden mit der Kritik an der bis dahin vom SISG durchgeführten *Indigenista*-Politik, die eine ›Ladinisierung‹, also Assimilierung, indigener Menschen und eine Modernisierung dieser vermeintlich rückständigen Gruppen anstrebte, verlor auch ein für die Entwicklungsdebatten der 1950er und 1960er Jahre prägendes soziales Problem, bei dem ›Indigenität‹ hinter sozialen Kategorien verschwand, an Bedeutung. Stattdessen rückte verstärkt die Frage nach dem Umgang mit indigenen Menschen und die Position indigener Menschen in der guatemaltekischen Gesellschaft ins Blickfeld. Diese Entwicklungen sind in eine breitere, transnationale Geschichte der ›kritischen Anthropologie‹ einzuordnen: Seit den späten 1960er Jahren kritisierten lateinamerikanische Anthropologen und Anthropologinnen die auf einem Entwicklungsversprechen beruhenden *Indigenista*-Politiken in den lateinamerikanischen Ländern scharf. Sie diagnostizierten diesen Politiken ein Scheitern, fassten sie als Form eines neueren Kolonialismus auf und prangerten rassistische Denk- und Handlungsmuster in den Ländern an. Ausdruck fand diese Haltung erstmalig in der ersten Deklaration von Barbados im Jahr 1971, als lateinamerikanische Intellektuelle, die sich einer kritischen Anthropologie zugehörig fühlten, auf der Karibikinsel zusammentrafen und einen Band publizierten,

57 Siehe hierzu Kap. 6.

58 Gonzalo Yurrita Cuesta in *Congreso de la República (19.11.1974)*: ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 26.

59 Noriega Natareno hatte sich in Quiché für die Popularisierung der Acción Católica eingesetzt und wurde bereits 1970 zum ersten Mal als Kandidat der Democracia Cristiana in für das Departamento Quiché in den guatemaltekischen Kongress gewählt, allerdings wurde ihm sein Mandat aufgrund vermeintlicher Wahlunregelmäßigkeiten aberkannt. 1974 wurde er abermals in den Kongress gewählt und führte sein Mandat bis 1978 aus. Vgl. Toj Medrano, Eleuterio; Véliz Estrada, Rodrigo: *Cuando el indio tomó las armas. La vida de Emeterio Toj Medrano*, Ciudad de México: Universidad Nacional Autónoma de México 2021, S. 62, 108, FN 3.

60 Julio Hamilton Noriega Natareno, in *Congreso de la República (19.11.1974)*, ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 35: »y me preocupa de que los ladinos siempre estemos pensando en el problema del indio, cuando ellos tienen mucha razón al estar pensando en el problema del ladino«.

in dem sie die von Regierungen, Kirchenmitgliedern und Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen ausgeübten Menschenrechtsverletzungen und Diskriminierungspraktiken gegen indigene Menschen anklagten. Die zugehörige Deklaration wurde von indigenen Gruppen zur Unterstützung ihrer Anliegen aufgegriffen, sie beeinflusste aber auch politisch Verantwortliche, wie an den Debatten im guatemalteckischen Kongress sichtbar wird.<sup>61</sup> Die Deutung des geplanten neuen Familienplanungsinstituts als rassistische Maßnahme gegen Guatemalas indigene Bevölkerung und die damit einhergehende Kritik an der bisherigen *Indigenista*-Politik standen somit in engem Zusammenhang mit der Deklaration von Barbados I, die einen Wandel für die indigenen Bewegungen in Lateinamerika einleitete.

Die Abkehr von der Idee indigener Gruppen als Entwicklungshemmnis ging bei diesen familienplanungskritischen Abgeordneten auch mit einer Indigenisierung der guatemalteckischen Nation einher. Um zu legitimieren, dass ›der Indio‹ keinesfalls als Problem zu deuten sei, argumentierten sie, dass eben nur die lateinamerikanischen Staaten, die auf ein indigenes Erbe zurückblicken könnten, auch zu einer eigenen nationalen Kultur kämen. Auf diese Weise sei Guatemala auch »zu einem Miguel Ángel Asturias [Nobelpreisträger der Literatur in 1967] gekommen, der in einer wunderbaren Verschmelzung dieser barocken [spanischen, Anm. der Autorin] Sprache mit der indigenen Esoterik unseren Nobelpreisträger hervorbrachte«.<sup>62</sup> Diese Ethnisierung der Debatten über Familienplanung und Entwicklung stand auch in Zusammenhang mit dem sozialen Niedergang, den eine urbane, akademische Elite in ihrem Wirkungsort in Guatemala-Stadt wahrnahm. Angesichts eines massiven gesellschaftlichen Wandels, der sich in das Stadtbild einschrieb, wurde das geographisch weit entfernte indigene Hochland als Sehnsuchtsort inszeniert, an dem Familienstrukturen, Werte und Sexualität noch intakt waren. Die als traditionell und gemeinschaftlich beschriebene Familienstruktur wurde hierbei nicht etwa negativ aufgefasst, sondern als wesentliches Element der indigenen Kultur konzipiert, das es zu schützen galt, während sozial benachteiligte Personen im urbanen Raum, vor allem in Guatemala-Stadt, zum einen als ›ladinisch‹ markiert und zum anderen problematisiert und stigmatisiert wurden. Diese bei Kritikern und Kritikerinnen weit verbreitete Wahrnehmung findet sich prägnant bei Ana

---

61 Vgl. Giraudo, Laura; Martín-Sánchez: »Introducción: Acotando el indigenismo en su historia«, in: Giraudo, Laura; Sánchez, Juan Martín (Hg.): *La ambivalente historia del indigenismo: campo interamericano y trayectorias nacionales, 1940-1970*, Lima: IEP Instituto de Estudios Peruanos 2011, S. 9-19, S. 9f; Insgesamt gab es drei Treffen auf Barbados und dementsprechend auch drei Deklarationen: 1971, 1977 und 1994. Während bei der ersten Zusammenkunft nur nicht-indigene Akademiker und Akademikerinnen zusammenkamen, fand das zweite Treffen mit Beteiligung indigener Gruppen statt. Beim letzten Treffen 1994 wurde erstmalig die Souveränität indigener Gruppen diskutiert. Varese, Stefano: »Memories of Solidarity: Anthropology and the Indigenous Movement in Latin America«, in: *Cultural Survival Quarterly Magazine* (1997), September, URL: <https://www.culturalsurvival.org/publications/cultural-survival-quarterly/memories-solidarity-anthropology-and-indigenous-movement> (21.12.2021).

62 Gonzalo Yurrita Cuesta in *Congreso de la República* (19.11.1974): ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 26: »hemos llegado a un Miguel Angel Asturias, que en una fusión maravillosa de esa lenguaje barroco, con ese esoterismo indígena, produjo nuestro Premio Nóbel.«

Vargas de Ortiz, die sich mit dem Hinweis auf ›bekannte Orte‹ auf Plätze in Guatemala-Stadt bezog, wo Mitglieder der politischen und intellektuellen Elite Guatemalas wie sie selbst ihr zu Hause hatten:

In den ländlichen Gebieten ist der Bauer, der Einheimische gesünder, er ist intelligent, er braucht nur die Möglichkeit, sich zu entwickeln; dies gilt nicht für die Kinder von Alkoholikern und Prostituierten, die sich an bekannten Orten herumtreiben, dasselbe gilt für die Drogenabhängigen, deren Zahl von Tag zu Tag zunimmt und die einen Nährboden für Kriminalität darstellen.<sup>63</sup>

Sie argumentierte weiter:

Wir haben nicht das Recht, Massensterilisationen zu fördern, insbesondere nicht bei den indigenen Völkern, deren sozioökonomische Elemente anders sind, deren Traditionen tief verwurzelt sind und deren Familienkonzept traditionell und gemeinschaftlich ist, wo die sterile Frau ihre Funktion für sie nicht erfüllt und die Geburt eines männlichen Kindes ein Grund für mehr Anerkennung ist als die Geburt eines weiblichen Kindes. Denn er hilft bei der Bewirtschaftung des Landes und wird in der Gemeinschaft als produktiver angesehen.<sup>64</sup>

Das Besondere des Indigenen wurde hier zum einen biologistisch erklärt, zum anderen diente die spezifische ›Kultur‹ indigener Gemeinden als Erklärung dafür, weshalb es dort keine Familienplanung brauchte. Ana Vargas rekurrierte ältere stereotypische Vorstellungen des ›edlen Wilden‹, hier wurde jedoch auch ein Moment aus den Entwicklungsberichten der 1950er Jahre, nämlich die Vorstellung der indigenen Bevölkerung als potenzieller Entwicklungsmotor und Zukunft Guatemalas, reaktiviert.<sup>65</sup> Zugleich wurden allerdings die in einem Modernisierungsdiskurs negativ markierten Zuschreibungen wie das auf Subsistenz ausgelegte landwirtschaftliche Produktionssystem, konservative Geschlechterrollen und ›traditionelle‹ Familienstrukturen positiv gegen die Einführung des Familienplanungsinstituts umgedeutet. Diese Debatten kamen somit nicht ohne Widersprüche aus und waren zugleich stark an die Bedeutung des Raumes geknüpft: Der ländliche Raum versprach Entwicklung, während im urbanen Raum Familien einen sozialen Niedergang zu erwarten hatten. Indigene Körper, Traditionen und ihre Lebenswelten im ländlichen Raum wurden dagegen, zumindest rhetorisch und im Kontext der Debatten um Familienplanung, aufgewertet. Nicht die Ladinisierung, also eine Akkulturation, wie sie das Seminario de Integración Social (SISG) lange

63 Vargas de Ortiz, Mesa redonda, 18.11.1974 »En el medio rural, el campesino, el indígena es más sano, es inteligente, lo que necesita es oportunidad de desarrollarse; no ocurre así con los hijos de alcohólicos y prostitutas que desambulan por lugares conocidos, igual ocurre con los drogadictos cuyo número aumenta de día en día y que son caldo de delincuencia.«

64 Ebd. »No tenemos derecho a fomentar la esterilización masiva y menos en la clase indígena cuyos elementos socio-económicos son diferentes, de tradiciones arraigadas y con un concepto de familia tradicional y comunitario donde la mujer estéril para ellos no cumple su función y el nacimiento de un hijo varón es motivo de más recio que la mujer. Porque él ayudará a labrar la tierra y lo consideran más productivos en la comunidad.«

65 Zu den Entwicklungsdiskursen der 1950er Jahre siehe Kap. 2. Zu stereotypischen Merkmalen des ›edlen Wilden‹ in den guatemaltekischen Familienplanungsdebatten vgl. Kap. 6.3.

gefordert hatte, sondern die (körperliche) Integrität des Indigenen wurde bedeutend. Ähnlich wie in den Debatten um *paternidad responsable* war die Indigenisierung des Familienplanungsdiskurses eng mit einer Biologisierung indigener Menschen und ihrer Lebensstile und der Dichotomisierung indigener und ladinischer Kultur verknüpft.

Die Idealisierung indigener Lebenswelten erfüllte dabei eine wichtige Funktion in der Bevölkerungsdebatte in Guatemala: Indem ›*lo indígena*‹ als essenzielles Element der guatemalteken Nation gefasst und eine Ablehnung von Familienplanung wiederum als wesentlicher Bestandteil der indigenen Kultur begriffen wurde, konnte auch Familienplanung allgemein als etwas dargestellt werden, das dem ›guatemalteken Wesen‹ widersprach. Argumente, dass indigene Familien nicht ›fähig‹ seien, ihre Familien rational zu planen, waren damit nicht pejorativ gemeint, sondern stützten die ablehnende Haltung der urbanen Mittel- und Oberschicht in der Debatte über Bevölkerungspolitik.<sup>66</sup> Da Familienplanung als nicht-guatemalteken dargestellt wurde, musste konsequenterweise jeder Versuch, Geburtenkontrolle in dem Land zu etablieren, als neue Form des Kolonialismus gedeutet werden, worauf beispielsweise die kritische guatemalteke Aktivistin Violeta de Carpio hinwies.<sup>67</sup> Sowohl die Gleichstellung des geplanten Instituts mit genozidalen Kampagnen als auch der Vorwurf, dass Zirión mit ihrer Agenda die ›Qualität‹ der guatemalteken Bevölkerung in Frage stellte, waren Strategien, um Familienplanung in Guatemala zu diskreditieren.

Einer, der das Genozidargument mit Kolonialismus verknüpfte, war der entschiedene Familienplanungsgegner Clemente Marroquín Rojas, der wohl zu den prominentesten Figuren der guatemalteken Gesellschaft und Politik des 20. Jahrhunderts zählt. In den 1920er Jahren hatte er die Tageszeitung *La Hora* gegründet und in den 1950er und 1960er Jahren als Agrarminister und Vizepräsident in guatemalteken Regierungen gearbeitet.<sup>68</sup> In seinen polemischen, wortgewaltigen Artikeln setzte er die Familienplanungsaktivitäten nicht nur mit einer »neuen Eroberung des indigenen Amerikas« gleich, sondern interpretierte diese darwinistisch als »alten Kampf der Rassen« und beeinflusste mit seinen Presseartikeln auch die Kongressdebatte nachhaltig.<sup>69</sup> Vermeintliche Sterilisationspraktiken gegen die »Indios«, die »raza de bronce«, setzte er mit einer »Auslöschung« der gesamten guatemalteken Bevölkerung gleich. An Rojas manifestieren sich somit die biologistisch-rassistischen Deutungsmuster, die das Sprechen über Fertilitätsregulierung in Guatemala auszeichneten. Wurden Indigene als Opfer eines neuen Kolonialismus aufgefasst, so konnten die USA eindeutig als Täter identifiziert werden. Familienplanung verstand eine breite Gegnerschaft in erster Linie als Importprodukt. Vor dem Hintergrund einer sich verschärfenden Gewalt in Guatemala wurden Reproduktionsfragen mit dem Kalten Krieg und US-amerikanischen Counter-Insurgency-Programmen verknüpft. Beispielsweise erklärte Marroquín Rojas,

66 Vgl. die Debatten im guatemalteken Kongress am 19. November 1974: *Congreso de la República* (19.11.1974), ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47.

67 Carpio, Otra opinión femenina, 21.11.1974.

68 Vgl. Rojas Lima, Diccionario Histórico Biográfico, 2004, S. 587f.

69 Marroquín Rojas, Clemente: »La esterilización hija del Judaismo Yankee?«, in: *La Hora* (13.11.1974), S. 4; 6.

dass die von den »Gringos begonnenen scheinheiligen Missionen, maskiert als Hilfe und Schutzmaßnahmen« sogar die von den USA in Vietnam begangenen Kriegsverbrechen überträfen.<sup>70</sup> Drastische Beschreibungen der USAID als »genozidal« und »Zuhälterin« waren bei Marroquín Rojas nicht selten.<sup>71</sup> Gemäßigter argumentierten der Erzbischof Mario Casariego y Acevedo oder der linke Mediziner Arturo Soto Avendaño, wenn sie feststellten, dass politische Entscheidungsträger und -trägerinnen in den USA über guatemalteckische Angelegenheiten entschieden. Im Kern ging es, wie Avendaño formulierte, um die Frage, wer in Guatemala eigentlich über die Größe der Bevölkerung entscheiden dürfe. Wie bereits im akademischen Diskurs der frühen 1970er Jahre drehten sich auch die Bevölkerungsdebatten um moralische Autorität, Zuständigkeiten und Verantwortung.<sup>72</sup>

Wie ein Kritiker Marroquín Rojas' anmerkte, stand die Protektion indigener Bevölkerungsgruppen in einem scharfen Kontrast zu den Politiken der späten 1960er und 1970er Jahre, die eher zu einer Verschlechterung denn zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen indigener Gruppen in Guatemala geführt hatten.<sup>73</sup> Zwar gab es in den frühen 1970er Jahren erste Anzeichen für das Erstarken einer indigenen Bewegung, die nach politischer und gesellschaftlicher Repräsentation strebte. Beispielsweise gab es 1974 erstmalig mit Fernando Tesagüic Tohon als Vertreter des Departamento Sololá und Pedro Cumes für das Departamento Chimaltenango zwei gewählte indigene Abgeordnete im guatemalteckischen Kongress, und auch die sich in den frühen 1970er Jahren neuformierenden Guerillagruppen Ejército Guerrillero de los Pobres (EGP) und die Organización del Pueblo en Armas (ORPA) erhielten ersten Zulauf von indigenen Personen. Doch erst Ende der 1970er Jahre sollte die indigene Bewegung stärker in Erscheinung treten.<sup>74</sup> 1974, zum Zeitpunkt der Kongressdebatte, waren es allerdings in erster Linie nicht-indigene Personen, die sich in der Debatte um Familienplanung zu Fürsprechern und Fürsprecherinnen indigener Bevölkerungsgruppen stilisierten. Mit Ausnahme von Fernando Tesagüic Tohon, der sich einerseits klar gegen die Vorstellung einer »Bevölkerungsexplosion« stellte und zugleich vorsichtig für die Nutzung des geplanten Instituts zur Ermöglichung einer »angemesseneren Lebensweise« indigener Gemeinden plädierte, gab es keine Beachtung oder Einbezug indigener Stimmen.<sup>75</sup> Stattdessen sahen sich die Abgeordneten aus den Departamentos mit hoher indigener

70 Ebd.

71 Siehe u.a. Marroquín Rojas, Clemente: »Condomes, píldoras, pesarios y proxenetas«, in: *La Hora* (8.1.1975); Marroquín Rojas, Clemente: »El Ministro apoya a la genocida AID«, in: *La Hora* (10.1.1975).

72 Cardenal Casariego, A propósito, 11.9.1974; Soto Avendaño, Consideraciones demográficas guatemaltecas, Noviembre 1974.

73 Azmitia T., Enrique: »El Instituto de Paternidad Responsable«, in: *La Hora* (23.11.1974).

74 Zu Tohon und Cumes vgl. Salazar Tetzagüic, Manuel de Jesús: *Rupach'uxik kina'oj qati't qamama'. Características de la literatura maya kaqchikel*, Guatemala: Cholsamaj 1995, S. 28; zur Beteiligung indigener Menschen in Guerilla-Gruppen in Guatemala siehe LeBot, Yvon: *La guerra en tierras mayas. Comunidad, violencia y modernidad en Guatemala (1970-1992)*, México: Fondo de Cultura Económica 1997, S. 111ff.

75 Tesagüic Tohon, in: *Congreso de la República (19.11.1974)*: ACRG, Diario de las Sesiones del Congreso de la República de Guatemala, Periodo Ordinario 1974-1975, Sesiones Ordinarias, Tomo I, Num. 47, S. 28.

Bevölkerung aufgrund des »Wählerwillens« dazu legitimiert, wie auch andere nicht-indigene Intellektuelle, über die Körper indigener Menschen zu entscheiden und auf diese einzuwirken. In Anlehnung an die Überlegungen des französischen Soziologen Yvon Le Bot, der die Genese und Formen der historischen Gewalt an indigenen Frauen und Männern von den 1970er bis in die 1990er Jahre untersuchte, lässt sich diese Entmündigung und damit auch die Kontrolle über den Zugang zu Familienplanung auch als Form sozialer Gewalt deuten. Diese äußerte sich darin, dass, wie bei Landkonflikten oder Rassismus, Kontrolle darüber ausgeübt wurde, wer – die ladinische Bevölkerung oder indigene Gruppen selbst – über die sozioökonomische Entwicklung indigener Frauen und Männer bestimmen durfte.<sup>76</sup> Solange zu diesem Zeitpunkt indigene Gemeinden nicht als eigenständige (widerständige) politische Akteure und indigene Personen als der ladinischen Bevölkerung unterlegen wahrgenommen wurden, konnte dabei auch die Figur des Indigenen problemlos als »rein, gesund, traditionell« und für »Familienplanung ungeeignet« dargestellt und für den Kampf gegen Familienplanung in ganz Guatemala instrumentalisiert werden. »*Lo indígena*« wurde, wie J. T. Way bildlich formuliert hat, als nationales Kulturgut »im Einkaufszentrum« ausgestellt, während indigenen Frauen und Männern in der paternalistischen Bevölkerungsdebatte die Stimme entzogen wurde.<sup>77</sup>

Wortgewaltig waren somit nicht indigene Gruppen, sondern guatemaltekische Presseorgane, denen im Zeitalter einer massenmedialen Öffentlichkeit eine bedeutende Funktion in den Debatten um Familienplanung zukam. Die großen Tageszeitungen *Diario de Centroamérica*, *La Hora*, *El Gráfico* und *Impacto* verfolgten aufmerksam die Bevölkerungskonferenz in Bukarest und druckten Stellungnahmen unterschiedlicher Schlüsselfiguren.<sup>78</sup> Sie fungierten damit als wichtiges Sprachrohr für Familienplanungskritiker und -kritikerinnen. Guatemaltekische Medienschaffende wurden jedoch auch selbst investigativ tätig: *El Gráfico* nutzte die hohe Popularität des Themas für eine Enthüllungskampagne, bei der die »Ursprünge« bevölkerungspolitischer Aktivitäten in Guatemala aufgedeckt werden sollten. So berichtete die Zeitung in einer Mitte September 1974 publizierten dreiteiligen Reihe detailliert von den zwischen der Aprofam, USAID und dem Gesundheitsministerium abgeschlossenen Vereinbarungen über Familienplanungsprogramme, von den Bonuszahlungen, die zunächst an guatemaltekische Ärzte, Ärztinnen und Krankenschwestern gezahlt worden waren, sowie vom Centro de Población (CEP), das der guatemaltekische Demograf Jorge Arias de Blois 1965 ins Leben gerufen hatte.<sup>79</sup> Die Bonuszahlungen oder auch die US-amerikanische Finanzierung des CEP galten hier als Beweise für eine rigide, imperialistische Bevölkerungskontrollpolitik, die, geführt von den USA und unterstützt durch nationale

76 Vgl. ebd., S. 300.

77 So auch der Titel des Buchs. Way, *Mayan in the Mall*, 2012, S. 1.

78 Beispielsweise entschied sich das offizielle Regierungsblatt *Diario de Centroamérica* im Oktober aufgrund des »großen internationalen und nationalen Interesses« dazu, eine Serie zu dem Thema zu veröffentlichen.

79 »Los primeros estudios de la fertilidad. Primera Parte«, in: *La Hora* (19.9.1974); »Alta prioridad para el control natal. Segunda Parte«, in: *El Gráfico* (20.9.1974), S. 5; »El Centro de Población de la USAC. Tercera Parte«, in: *El Gráfico* (21.9.1974). Zum CEP siehe auch Kap. 3.6.

Institutionen, eine Regulierung der guatemaltekischen Bevölkerung zum Ziel gehabt habe.

Diese Anschuldigungen trugen dazu bei, dass sich ein Bild von Familienplanung in Guatemala verfestigen konnte, das gleichermaßen anachronistisch wie verkürzt war: Wie in dieser Studie aufgezeigt, hatte sich das CEP bereits kurz nach seiner Gründung inhaltlich weit von seinem eigentlichen Ziel, der Erforschung eines ›Bevölkerungsproblems‹, entfernt. Seine Geschichte zeigt, wie wenig Beachtung ein Bevölkerungswachstum bei guatemaltekischen Akademikern und Akademikerinnen fand. Auch hatten guatemaltekische Verantwortliche Familienplanung in erster Linie als protektive Gesundheitsmaßnahme konzipiert und popularisiert. Das entsprach keinesfalls dem, was führende US-amerikanische Bevölkerungsstrategen und -strateginnen unter Bevölkerungskontrolle verstanden.<sup>80</sup> Vor dem Hintergrund weltweiter Diskussionen über Zwangssterilisationen und verpflichtende Bevölkerungskontrollmaßnahmen galt Guatemala den Verantwortlichen des *El Gráfico* jedoch als Beispiel für eine rigide US-amerikanisch geleitete Bevölkerungspolitik. Diese antiimperialistische Lesart von Familienplanung war in der Pressedebatte, die bis zum Februar 1975 anhalten sollte, prägend und Anlass für unterschiedliche Institutionen und Schlüsselfiguren der guatemaltekischen Gesellschaft, sich zu Wort zu melden. Die Enthüllungsstrategie guatemaltekischer Presseorgane führte so im September und Oktober 1974 zu einer klaren und erstmalig öffentlichen Positionierung staatlicher Organe gegen eine entwicklungspolitisch gedachte Familienplanungspolitik: Das guatemaltekische Gesundheitsministerium erteilte einer auf modernen Kontrazeptiva beruhenden Bevölkerungskontrolle eine klare Absage, indem die protektive, gesundheitliche Funktion von Familienplanung, Bildungs- und Erziehungsmaßnahmen sowie die Entscheidungsfreiheit individueller Familien hervorgehoben wurden.<sup>81</sup>

Die Frage nach Zuständigkeiten und der Deutungshoheit stand auch im Zentrum einer Pressedebatte im Januar 1975. In der Tageszeitung *La Hora* lieferten sich Roberto Santiso Gálvez, Gynäkologe und Leitfigur der Aprofam, und der Arzt Julio Penados del Barrio ein wahres Wortgefecht.<sup>82</sup> Die Familiengeschichte Penados del Barrios ähnelt der der katholischen Aktivistin María Mercedes Arzú de Wilson, mit der er auch in engem Kontakt stand. Er wuchs in einer stark katholisch geprägten Familie auf, die in Petén lebte, wo sie über Ländereien verfügte. Die Bedeutung der katholischen Religion in der Familie Penados del Barrio zeigte sich auch personell: der 1925 geborene Bruder Próspero begab sich in den Dienst der Katholischen Kirche und bekleidete von 1984 bis 2001 das Amt des Erzbischofs von Guatemala.<sup>83</sup> Julio dagegen absolvierte ein Studium der Medizin und bildete sich danach in Mexiko in Kinderheilkunde weiter. Nach seiner Rückkehr 1970 übernahm er den Leitungsposten der Mutter-Kind-Abteilung des

80 Zum CEP siehe Kap. 3.6, zu den Abweichungen zur angedachten Bevölkerungspolitik siehe beispielsweise Kap. 5.3.

81 Die Stellungnahmen erschienen in unterschiedlichen Zeitungen, doch zuerst im offiziellen Regierungsorgan *Diario de Centroamérica*, siehe bspw. »No Aplican Política de Población«, in: *Diario de Centro América* (4.10.1974), S. 2; »Dr. Del Cid Peralta Opina Sobre Atención Materno Infantil«, in: *Diario de Centro América* (16.10.1974), S. 8.

82 Die Debatte lief vom 10. bis 20. Januar 1975.

83 Vgl. Rojas Lima, *Diccionario Histórico Biográfico*, 2004, S. 722.

Instituto Guatemalteco de Seguridad Social (IGSS). Bereits in den 1960er Jahren hatte sich Penados del Barrio als Gesundheitsexperte einen Namen gemacht, was nicht zuletzt daran lag, dass er regelmäßig in guatemaltekischen Tageszeitungen von seinen medizinischen Tätigkeiten berichtete und auch literarisch tätig war.<sup>84</sup> Er besetzte zudem wichtige Posten in medizinischen Gremien und nahm 1973 an der Kommission des Colegio de Médicos teil, die das Abtreibungsgesetz untersucht hatte.<sup>85</sup>

Im Zentrum des Disputs zwischen Julio Penados del Barrio und Roberto Santiso Gálvez stand die private guatemaltekische Familienplanungsorganisation und ihre Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Institutionen. Penados del Barrio nahm die Aprofam als rechte Hand und »Dienerchaft« der »Zimtzicke USAID« wahr und stellte sich daher vehement gegen die, wie er angab, »[...]Aprofamisierung der christlichen Moral und des natürlichen Lebens«.<sup>86</sup> Denn diese hatte seit Beginn des Familienplanungsprogramms in Guatemala den eindeutig aktiveren Part gespielt und war mit ihren Werbekampagnen in der Öffentlichkeit präsenter vertreten als staatliche Institutionen. Eine Strategie zur Delegitimierung und Deprofessionalisierung der Aprofam war es, das Bevölkerungsthema aus der medizinischen in die politische Sphäre zu verschieben. Im Sinne eines »unpolitischen« Berufsethos warf Penados del Barrio der Aprofam und Santiso Gálvez einen ausgeprägten Opportunismus vor, der sich aus seiner Sicht in deren Fixierung auf Verhütungsmittel äußerte. Sich selbst stellte er dagegen als unabhängigen, rationalen und unparteiischen Experten dar:

Julio Penados del Barrio hat immer das verteidigt, was er glaubt, niemals gehörte er, noch gehört er jetzt einer Partei an, denn er war immer zu rebellisch, um sich in ein Gehege stecken zu lassen, und – Hören Sie gut zu! Ich bin kein Diener von niemanden, noch hänge ich vom Gehalt ausländischer Geburtenkontrollorganisationen ab, so wie Sie [gemeint war Santiso Gálvez].<sup>87</sup>

Wie an der Aussage erkennbar wird, galt dem Mediziner die Verbindung nationaler Institutionen mit ausländischen Geldgebern ebenso als Zeichen für Befangenheit wie ein Engagement in den politischen Parteien Guatemalas. Diese Aussage lässt sich als Hinweis dafür deuten, dass in einem sich verschärfenden politischen Kontext parteipolitisches Engagement als problematisch eingestuft wurde. Der Aprofam schrieb er aufgrund ihrer Verbindungen zu ausländischen Institutionen jegliche Deutungshoheit ab. Auch die Legitimationsstrategien, welche die Aprofam zur Popularisierung von Familienplanung in Guatemala anwandte, erschienen Barrio unglaubwürdig. Er kritisierte

84 Die Unterlagen finden sich im Privatarchiv von Julio Penados del Barrio. Ich danke ihm für seine Gesprächsbereitschaft und die Einblicke in sein Privatarchiv.

85 Vgl. zur Abtreibungsdebatte siehe Kap. 6.5.

86 Penados del Barrio, Julio: »El Doctor Roberto Santiso Gálvez, Director General de APROFAM, responde a nuestros comentarios II«, in: *La Hora* (16.1.1975).

87 Penados del Barrio, Julio: »El Doctor Roberto Santiso Gálvez responde a nuestros comentarios«, in: *La Hora* (17.1.1975). »Julio Penados del Barrio ha defendido siempre lo que cree, no ha pertenecido ni pertenece a ningún partido político porque es demasiado rebelde para meterse en un corral y, óigalo bien, no soy serviente de nadie ni estoy a sueldo de las agencias internacionales de control de la natalidad como Ud., lo está.«

die »immer gleiche Taktik« der Aprofam, den »Leser mit Zahlen zu überhäufen, damit sich dieser in diesem Durcheinander verliert«. <sup>88</sup> Nicht nur das Entwicklungsversprechen von Familienplanung verlor somit an Überzeugungskraft, sondern auch die damit zusammenhängenden Objektivierungsstrategien des transnationalen *population establishment* – Daten, Fakten, Tabellen und Graphen – büßten an Plausibilität und Wissenschaftlichkeit ein.

Penados del Barrio versuchte bei seinem medialen Angriff auch seine Vorstellung eines »integralen Familienplanungsprogramms« zu popularisieren. Als praktizierender Katholik ordnete er moderne Kontrazeptiva Sexualerziehung unter, plädierte für vorgeburtliche Kontrollen, Impfungen und eine genauere Analyse der Situation guatemaltekmischer Familien. Über die Ausgestaltung eines solchen Programms sollten jedoch staatliche Institutionen entscheiden – und eben nicht die Aprofam. Im November 1974 hatte er beim XXV. nationalen Medizinerkongress seine Forderungen erfolgreich einbringen können. Bei dieser Gelegenheit verabschiedeten circa 1.500 guatemaltekmische Ärzte und Ärztinnen eine Stellungnahme zu Bevölkerungspolitik in Guatemala. Zwar wurde darin ein schnelles Bevölkerungswachstum in Guatemala anerkannt und die Ausarbeitung einer »ganzheitlichen Bevölkerungspolitik innerhalb des nationalen Entwicklungsplans« gefordert, dennoch sprach die organisierte Medizinerschaft dem aktuellen nationalen Familienplanungsprogramm klar die Legitimität ab und stellte die Zuständigkeit privater Organisationen in Frage:

Diese Situation, entstanden durch das rasche Bevölkerungswachstum in Guatemala, braucht eine gründliche Analyse von Seiten der für Gesundheitsentwicklung verantwortlichen Körperschaften: des Nationalrats für Wirtschaftsplanung, des Gesundheitsministeriums und der medizinischen Fakultät [...], bevor die bisherigen konkreten Aktivitäten in diesem Bereich weitergeführt werden. <sup>89</sup>

Dies war eine überaus deutliche Absage, sowohl an Bevölkerungspolitik allgemein als auch an die damit in Verbindung gebrachten Akteure, also Aprofam und USAID. Die medizinische Fakultät trat in diesen Debatten als unabhängiges Gremium und Korrektiv der nationalen Gesundheitspolitik auf und ging im Januar 1975 noch einen Schritt weiter, indem sie sämtliche Gesundheitsinstitutionen im Land dazu aufrief, sich nicht an der vom Gesundheitsministerium und der Aprofam angeführten Familienplanungspolitik zu beteiligen. <sup>90</sup>

An diesen klaren Aufforderungen, das Familienplanungsprogramm in Guatemala zu stoppen, wird deutlich erkennbar, dass das Entwicklungsversprechen, das Familien-

88 Penados del Barrio, Julio: »El Doctor Roberto Santiso Gálvez, Director General de APROFAM responde a nuestros comentarios I«, in: *La Hora* (15.1.1975).

89 XXV. Congreso Nacional de Medicina, »Recomendación«, zitiert nach: Gehlert Mata, Carlos: »Opinión valiosa del Dr. Gehlert Mata«, in: *La Hora* (17.1.1975). »La situación derivada del rápido crecimiento de la población en Guatemala, necesita de un exhaustivo estudio por parte de las entidades responsables de la salud: Consejo Nacional de Planificación Económica, Ministerio de Salud Pública y Asistencia Social y la Facultad de Ciencias Médicas [...] antes de continuar en la ejecución de las acciones concretas que se están realizando en este campo.«

90 Vgl. ebd.; sowie »Rechazo a toda medida de control de la natalidad, reitera el alma mater«, in: *La Hora* (10.1.1975).

planung zugrunde lag, die Umsetzung von Familienplanung im Land sowie die damit in Verbindung gebrachten Institutionen gänzlich an Legitimität verloren hatten. Mehr noch, die Ablehnung von Familienplanung war in Reaktion auf die Weltbevölkerungskonferenz und die staatlichen Versuche, ein neues Familienplanungsinstitut zu etablieren, zum breiten gesellschaftlichen Konsens geworden, der unterschiedliche professionelle, ideologische, politische und religiöse Gruppen vereinte. Wie hier gezeigt, wurde Kritik stets in Opposition zu einer militärisch geführten Entwicklungspolitik formuliert. Dieser stellten Familienplanungsgegner und -gegnerinnen nicht nur eine neue, auf sozialen, politischen und wirtschaftlichen Reformen beruhende Agenda entgegen. Teil dieser Familienplanungskritik war auch eine Neubewertung der »*cuestión indígena*«, wobei diese zugleich die Funktion erfüllte, die Legitimität von Familienplanung in Guatemala in Frage zu stellen. Was diese breite gesellschaftliche Ablehnung von Familienplanung für das nationale Familienplanungsprogramm in Guatemala bedeutete, soll in einem Ausblick auf die späten 1970er und 1980er Jahre skizziert werden.

### 7.3 Familienplanung zwischen Naturkatastrophe und Bürgerkrieg

Nach der Weltbevölkerungskonferenz von 1974 verfestigte sich bei der USAID und der guatemalteckischen Aprofam ein Narrativ des Scheiterns. Die Verantwortlichen der USAID deuteten die darauffolgende Debatte in Guatemala als großen Rückschritt und konstatierten, dass mit dieser »Angriffswelle« jegliche Chance auf eine staatliche Bevölkerungspolitik in der nächsten Zeit zunichtegemacht worden sei.<sup>91</sup> Die Mitarbeitenden der Public-Health-Abteilung der USAID in Guatemala verabschiedeten sich zunehmend von dem Gedanken, dass staatliche Akteure und Akteurinnen die Verbreitung moderner Verhütungsmethoden übernehmen könnten, der Lösungsansatz der Familienplanung blieb dabei allerdings unhinterfragt. Obgleich sich die Kritik zahlreicher Gegner und Gegnerinnen in Guatemala gegen die Beteiligung privater Organisationen in dem Bevölkerungsfeld richtete, wendeten sich die US-amerikanischen Bevölkerungsexperten und -expertinnen eben jener Aprofam zu, die ab 1976 sodann die alleinige Verantwortung für die Verbreitung von Verhütungsmitteln übernahm.

Die Abwendung vom Staat als führendem Akteur im Familienplanungsbereich stand auch in Zusammenhang mit einer verheerenden Naturkatastrophe: Am Morgen des 4. Februar 1976 bebte die Erde in Guatemala für lange 39 Sekunden. Im ganzen Land starben 23.000 Menschen, über 70.000 wurden verletzt. In der Hauptstadt, die nahe dem Epizentrum lag, verloren 3.370 Menschen ihr Leben und knapp 100.000 wurden obdachlos. Das Erdbeben, das in Guatemala bald nur noch unter der Bezeichnung »Erdbeben der Armen« firmierte, führte die strukturelle Ungleichheit einmal mehr vor Augen, besonders in Guatemala-Stadt, wo die notdürftig errichteten Wellblechhäuser der urbanen Unterschicht wie Kartenhäuser in sich zusammenfielen.<sup>92</sup> Doch auch außerhalb der Hauptstadt hatte das Beben eine Spur der Verwüstung hinterlassen: In

91 *Narrative accompanying Population Reports (15.1.1975)*: NACP, RG 286, USAID M. GUA, Program Office, Container 1, Folder PHD Quarterly Reports of AID, FY 75.

92 Vgl. Vrana, *This City Belongs to You*, 2017, S. 168.

San Martín Jilotopeque im Departamento Chimaltenango überlebten beispielsweise nur 856 von 3760 Einwohnern. Doch nicht nur das Beben als solches, auch die Folgen waren eklatant: Guatemalas Landbevölkerung litt Hunger, Infektionskrankheiten wie Typhus breiteten sich rasch aus und Medikamente waren Mangelware; in vielen Gegenden gab es weder Strom noch fließendes Wasser.<sup>93</sup>

Die guatemaltekische Militärregierung reagierte schnell: Präsident Laugerud etablierte ein Hilfsgremium, das Comité de Reconstrucción Nacional (CRN), über das die Katastrophenhilfe koordiniert und Hilfgelder verwaltet werden sollten. Internationale Organisationen wie die UNESCO waren ebenso schnell vor Ort. Helfer und Helferinnen aus aller Welt reisten nach Guatemala, um den Wiederaufbau zu organisieren. Nicht alle kamen dabei aus altruistischen Gründen, vielmehr versuchten manche Akteure und Akteurinnen Profit aus der Naturkatastrophe zu schlagen: Die medizinische Vereinigung des US-amerikanischen Bundesstaates Alabama organisierte beispielsweise eine ›Katastrophenreise‹ nach Guatemala, bei der US-amerikanische Ärzte und Ärztinnen auf derartige Naturereignisse und ihre Folgen vorbereitet werden sollten: »The potential for Alabama physicians to learn from this tragic situation is too large for this association to pass up«, urteilte der Reisekoordinator Larry D. Dixon.<sup>94</sup> Während Banken und Bau-firmen über Darlehen von dem Beben profitierten, kam bei der Bevölkerung nur wenig Hilfe an: Es wurde spekuliert, dass Laugerud, ähnlich wie der nicaraguanische Diktator Anastasio Somoza 1972 beim Erdbeben in Nicaragua, die Hilfgelder in die eigenen Taschen steckte. Zudem folgte dem Beben kein Rückgang der antikommunistischen Counter-Insurgency-Kampagnen: Todesschwadronen nutzten die chaotische Situation, um gewaltsam gegen diejenigen vorzugehen, die sich für wirtschaftlich benachteiligte Guatemalteken und Guatemaltekinen einsetzten.<sup>95</sup> Das Comité de Reconstrucción Nacional, so die Forschung zu Guatemala einstimmig, war ein neues Instrument zum Ausbau der militärisch-zivilen Kontrolle im Land: Auf Gemeinde-, städtischer und bundesstaatlicher Ebene wurden Komitees aus Zivilpersonen und Militärs aufgebaut, über die später, in den frühen 1980er Jahren, die genozidalen Kampagnen gesteuert wurden.<sup>96</sup>

Auch die Bevölkerungsexperten und -expertinnen innerhalb der USAID versuchten aus dieser tragischen Situation Vorteile zu schlagen. Kurz nach dem Beben, am 20. Februar 1976, schickte Vernon Scott, Mitarbeiter der USAID-Abteilung für Lateinamerika, eine Anfrage an John Paul James, dem neuen USAID-Bevölkerungsbeauftragten in Guatemala, in der er sich erkundigte, inwieweit die Naturkatastrophe für einen Ausbau des Familienplanungsprogramms genutzt werden könne. Wie erschreckend entmenschlichend und berechnend der USAID-Experte an seine Projektarbeit heranging, zeigt sich an seiner Aussage:

93 Vgl. Way, *Mayan in the Mall*, 2012, S. 134.

94 *Larry D. Dixon an John Bloomer (26.5.1976)*: NACP, RG 286, USAID M. GUA, Public Health Office, Subject Files, Container 19, Folder Disaster Relief Correspondence.

95 Vgl. Way, *Mayan in the Mall*, 2012, S. 135.

96 Vgl. Way, *Mayan in the Mall*, 2012, S. 136ff.; Schirmer, Jennifer G.: *The Guatemalan Military Project. A Violence Called Democracy*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press 1998, S. 36f.

Would it be practical to think of initiating family planning services at the emergency camps for ›damnificados‹ as was done in Nicaragua? Has the visual impact of thousands of homeless people induced the GOG [Government of Guatemala] into thinking more about child spacing? [...] My motto is: ›Never have a disaster without taking advantage of it‹. Sound somewhat hard, but actually, disasters are sometimes eye openers [...].<sup>97</sup>

Von einer stärkeren Zusammenarbeit mit dem guatemalteckischen Staat war die USAID in Guatemala zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits abgewichen, auch, da das Beben einen großen Teil der Gesundheitsinfrastruktur in den ländlichen Gebieten zerstört hatte. Sie verließ sich stattdessen im Gesundheitsbereich immer stärker auf private Akteure und Akteurinnen: 1976 löste die USAID, in Absprache mit dem Gesundheitsministerium, das Familienplanungsabkommen mit staatlichen Akteuren und Akteurinnen auf und finanzierte fortan nur noch die Aprofam, die dadurch mehr finanzielle Handlungsspielräume gewann und von der nun das Gesundheitsministerium abhängig war, dessen Haltung zu Familienplanung allerdings in diesen Jahren »noch unklarer war als jemals zuvor«, wie John Paul James urteilte.<sup>98</sup> Der Entschluss, nur noch die Aprofam zu fördern, stellte auch das Verhältnis zwischen staatlichen und privaten Akteuren und Akteurinnen auf den Kopf: Zum ersten Mal, so John Paul James, saß die Aprofam am längeren Hebel.<sup>99</sup> Der mehrbändige Gesundheitsbericht, den Ernest Croft Long mit anderen USAID-Mitgliedern im Jahr 1977 verfasste, gab dabei die neoliberale Kehrtwende vor, die das Familienplanungsprogramm in den folgenden Jahren nehmen sollte und die in der internationalen Gesundheitspolitik der 1990er Jahre ihre volle Ausprägung finden sollte. Das ›Bevölkerungsproblem‹, das hier immer noch als »integraler Bestandteil der allgemeinen Gesundheitsprobleme« aufgefasst wurde, sollte einerseits durch die Finanzierung privater Akteure, namentlich der Aprofam, angegangen werden. Andererseits, so gab der Bericht vor, sollten »Alternativen« zu einem »klinisch basierten« Versorgungssystem gefunden werden.<sup>100</sup> Der Staat und dessen Gesundheitsinfrastruktur hatten nur noch eine untergeordnete Rolle inne.

Die Abkehr von staatlichen Gesundheitsakteuren und -akteurinnen war eine bedeutende Wende in der Familienplanungspolitik in Guatemala, denn damit wurde Familienplanung von Gesundheit entkoppelt und dem marktwirtschaftlichen Sektor zugeschrieben. In letzter Konsequenz wurde die Gesundheit von Guatemalteken und Guatemaltekinen einer schnellen Verbreitung moderner Kontrazeptiva untergeordnet. »Flooding the market«, sprich die Verbreitung über kommerzielle Kanäle, stand nun im Fokus. Ziel war es, so der Gesundheitsbericht, die ländliche Infrastruktur

97 *Vernon Scott an John Paul James (20.2.1976)*: NACP, RG 286, USAID M. GUA, Directorate for Population, Research Division, Bureau for Science and Technology (1986-1990), Project Files, Folder PHD Population Office.

98 *John Paul James an José Donayre (7.4.1976)*: NACP, RG 286, USAID M. GUA, Directorate for Population, Research Division, Bureau for Science and Technology (1986-1990), Project Files, Folder PHD Population Office.

99 Vgl. ebd.

100 American Public Health Association/USAID: *An Assessment of AID's Bilateral Population Program in Guatemala, 1977-1979*, Washington, D.C.: USAID 1979, S. 2ff.; USAID, Health Sector Assessment Guatemala, Nov. 1977, S. 31f.

auszunutzen.<sup>101</sup> Auf den ländlichen Bereich sollte sich nun auch die Aprofam konzentrieren, die in den frühen 1970er Jahren ausschließlich in der Hauptstadt aktiv gewesen war.<sup>102</sup> Massenverbreitung – *mass distribution* – und die Verteilung von Kontrazeptiva über Gemeindegruppen, die so genannte *community-based distribution*, waren die neuen Ansätze, über die die schnelle und breite Verbreitung von Verhütungsmitteln gewährleistet werden sollte.<sup>103</sup> Die guatemaltekische Familienplanungsorganisation strebte so den Aufbau eines breiten logistischen Verteilungssystems an: von »einfachen« Verkäufern und Verkäuferinnen, die von Haus zu Haus gingen, über Kioskbesitzer bis hin zu Gewerkschaften und Agrarkooperativen. Eine besondere Bedeutung wurde ländlichen Apothekern und Apothekerinnen zugeschrieben, die aus der Sicht von Entwicklungsexperten gut in ihre Marktstrukturen eingebunden waren und als »kulturelle Brücke« zwischen dörflichen Gemeinschaften und dem Markt fungieren sollten. Seit 1975 versuchte die Aprofam, ungelernete Personen, die Medikamente in ihren kleinen Dorfläden verkauften, in Familienplanung auszubilden.<sup>104</sup> Damit war Guatemala kein Einzelfall: Auch in anderen Ländern der so genannten Dritten Welt zeigten sich die Vorwehen einer neoliberalen Gesundheitspolitik, die Patientinnen in Konsumentinnen verwandelte und aus Kontrazeptiva Konsumgüter werden ließ.<sup>105</sup>

Mit dieser Kommerzialisierungsstrategie von Familienplanung in Guatemala wurden auch neue Themen und Disziplinen bedeutend: Nicht Sozialwissenschaften und Anthropologie, sondern Marketing und Marktssysteme interessierten neuerdings die Gesundheitsexperten und -expertinnen. Als beispielsweise der US-amerikanische Gesundheitsexperte Sheldon Annis 1978 nach Guatemala reiste, um die Rezeptivität von Familienplanung in Quiché- und Ladino-Gegenden zu untersuchen, hielt er eine anthropologische Studie für »übermäßig akademisch« und ungeeignet, um Strategien für die Praxis zu entwickeln. Er war es auch, der vorschlug, Familienplanung noch weiter von Gesundheitszentren loszulösen und an das guatemaltekische Marktssystem anzukoppeln, das ihm als »neutral« und »unpolitisch« galt.<sup>106</sup> Die Vorstellung, dass wirtschaftliche Akteure und Akteurinnen weniger empfänglich für eine Politisierung von Familienplanung waren, fungierte als neue Handlungsmaxime für Gesundheitsinstitutionen. Diese beschäftigten nun auch vermehrt Wirtschaftsexperten: 1979 schickte die American Public Health Organization die zwei Unternehmensexperten John U. Farley

101 Ebd., S. 32.

102 Diesen Richtungswechsel hob die Aprofam auch selbst in ihrer eigenen institutionellen Chronik hervor: Mit der Übernahme der Verantwortung über das gesamte Familienplanungsprogramm seien auch ein neuer Fokus und neue Tätigkeiten einhergegangen. Vgl. University of Chicago; APROFAM; Comisión Nacional del Medio Ambiente: *Perspectivas para la planificación familiar en áreas rurales de Guatemala*, Chicago: Universidad de Chicago, Centro de Estudios de la Comunidad y la Familia; APROFAM 1978, S. 3.

103 Siehe hierzu bspw. American Public Health Association/USAID, *An Assessment*, 1979.

104 Ebd., S. 17.

105 Zur Kommerzialisierung von Geburtenkontrolle als neue internationale Konjunktur vgl. Connelly, *Fatal Misconception*, 2008, S. 241ff.

106 Annis, Sheldon: *Improving Family Planning Programs in the Highlands of Guatemala*, Washington, D.C.: American Public Health Association; USAID 1978, S. 2.

und Steven Joshua Samuel nach Guatemala, um das Programm zur Vermarktung von Verhütungsmitteln zu analysieren. Beide kamen zu folgendem Urteil:

»While the political climate is sensitive and no population policy exists at this time, a free-standing marketing operation appears to be acceptable and would require minimal official government action.«<sup>107</sup>

Die nun hegemoniale Rolle der Aprofam und die Kommerzialisierung von Geburtenkontrolle fachten die Kritik an der privaten Familienplanungsorganisation weiter an: Die medizinische Fakultät lehnte Familienplanung weiterhin rigoros ab, was dazu führte, dass Geburtenkontrollpraktiken und Verhütungsmittel aus dem medizinischen Lehrplan verbannt wurden. Ende der 1970er Jahre war Familienplanung dennoch Untersuchungsgegenstand in einigen medizinischen Abschlussarbeiten, in denen die Rezeption und Verbreitung von Familienplanung in unterschiedlichen ländlichen Gegenden analysiert wurde. Diese Arbeiten »im Feld« standen in Zusammenhang mit den Versuchen der Universität, ihre paternalistische Haltung abzulegen und sich über eine konkrete Arbeit mit *indígenas* und *ladinos* zu solidarisieren, statt nur in deren Namen zu sprechen.<sup>108</sup> Durch ihre Arbeit in den ländlichen Gemeinden sahen sich Medizinstudierende darin bestätigt, dass Familienplanung die Situation weiter verschlechtern, die »soziokulturellen Charakteristika« von Guatemalteken und Guatemaltekinen missachten und Verhütungsmittel ohne eine Kontrolle der Nebenwirkungen verbreitet würden. Dementsprechend wehrten sie sich gegen die Kommerzialisierung von Familienplanung und forderten, dass der Verkauf von Kontrazeptiva ohne ärztliches Rezept gestoppt werden solle.<sup>109</sup>

Die Kritik an Familienplanung ging weit über eine urban verwurzelte Mittel- und Oberschicht hinaus: Wie der Gesundheitsexperte Sheldon Annis berichtete, beschrieben Gesundheitspromotoren und ländliche Gesundheitsfachkräfte Familienplanung als »eine Verschwörung der Gringos« und argumentierten, dass Familienplanung keinesfalls die Antwort auf ländliche Armut darstelle.<sup>110</sup> Annis berichtete allerdings auch von anderen Situationen: Apotheker in Quiché-Gegenden gaben an, dass Ende der 1970er Jahre »Indigene ein wenig über Familienplanung wüssten« und berichteten von einer Krankenschwester, einer »Familienplanungsfanatikerin«, die in Santa Cruz del Quiché »gute Erfolge« erzielt hätte.<sup>111</sup> Annis Bericht deutet an, wie unterschiedlich Geburtenkontrollpraktiken in Dörfern im ländlichen Guatemala waren. Wie er hervorhob, konnte unter »die Quiché-Mayas« keinesfalls eine homogene ethnische oder kulturelle Gruppe gefasst werden, stattdessen funktionierte jede Gemeinde nach ihren eigenen sozialen

107 Farley, John U.; Samuel, Steven Joshua: *A Preliminary Assessment of the Feasibility of a Subsidized Contraceptive Marketing Program for Guatemala*, Washington, D.C.: American Public Health Association/ USAID 11.3.-17.3.1979, S. 3.

108 Vgl. Vrana, *This City Belongs to You*, 2017, S. 169ff.

109 Vgl. Quezada Escobar, Zoila Mirna: *Planificación familiar. Características y consecuencias*, Tesis, Guatemala: Universidad de San Carlos de Guatemala 1978, S. 39ff. In dieser Studienreihe entstand so auch die folgende Arbeit: Villalobos M., Renata: *Planificación Familiar en el municipio de Cantel*, Tesis, Guatemala: Universidad de San Carlos de Guatemala 1979.

110 Sheldon, *Improving Family Planning Programs*, 1978, S. 23.

111 Ebd., S. 24.

Normen und Regeln. ›Den Quichés‹ konnte deshalb nicht allgemein eine ablehnende Haltung gegenüber Familienplanung zugeschrieben werden, vielmehr waren Geburtenkontrollpraktiken davon abhängig, so argumentierte Sheldon, welche Akteure und Akteurinnen – ob linke Medizinstudierende, skeptisch-ablehnende ländliche Gesundheitsfachkräfte, katholische oder protestantische Gesundheitshelfer oder private Apotheker – vor Ort über Familienplanung bestimmten.<sup>112</sup>

Von vielen US-amerikanischen Experten und Expertinnen wurden indigene Gruppen jedoch als größtes Problem für die Verbreitung von Familienplanung in Guatemala wahrgenommen. Der Chicagoer Demograf und Verhaltensforscher Donald Bogue urteilte nach einer Reise nach Guatemala im Juni 1975:

Guatemala's indigenous population represents one of the world's major challenges to I-E-C [Information, Education, Communication] for family planning. These people have one foot in the 20<sup>th</sup> Century and the other in the 14<sup>th</sup>. How to break through the layers of culture, tradition, superstition, race suspicion, and low levels of aspirations is a problem which must be researched, experimented with, but ultimately solved. [...] the indigenous population of Central and South America represent a ›critical frontier‹ of family planning action.<sup>113</sup>

Bogue reaktivierte hier ältere Vorurteile, die seit den 1950er Jahren prägend für Entwicklungspolitik in Guatemala gewesen waren: Die indigene Bevölkerung galt erneut als Störfaktor für Familienplanung und damit für einen nationalen Entwicklungsprozess. Die Etikettierung indigener Bevölkerungsgruppen als ›critical frontier‹ bringt zudem ein Nichtverstehen und Fremdheitsgefühl gegenüber diesen Gruppen zum Ausdruck. Dieser Unkenntnis versuchten Familienplaner und -planerinnen in Guatemala mit neuen Studien zu begegnen. Die Aprofam, die mit ihrer Neuausrichtung Maya-Familien als neue Adressaten des Familienplanungsprogramms identifizierte, initiierte mit Bogue, der an der University of Chicago das Center for the Study of the Community and the Family aufgebaut hatte, sowie mit dessen Mitarbeiterin Jane T. Bertrand einige Untersuchungen, in denen die kulturellen Unterschiede zwischen indigenen und ladinischen Frauen und Männern untersucht wurden.<sup>114</sup> ›Kultur‹ war somit, wie auch Maria Dörnemann für Kenia herausgearbeitet hat, der neue Ansatz, um Bevölkerungswachstum zu erklären.<sup>115</sup> In diesem Zuge wurde 1976 ein ausgefeiltes Marketingprogramm entwickelt, das besonders die indigene Bevölkerung erreichen sollte.<sup>116</sup> Auf den entstandenen Plakaten wurde nun nicht mehr die ›westliche‹ Kleinfamilie als Ideal präsentiert, sondern versucht, indigene Paare in ländlichen Settings und typischer Kleidung darzustellen, wohingegen die ›westliche‹ Familie in Guatemala dem urbanen Raum zu-

112 Ebd.

113 Donald J. Bogue, *Report to Travel to Guatemala* (12.-15.6.1975): NACP, RG 286, USAID M. GUA, Program Office, Container 2, Folder University of Chicago, S. 6.

114 Vgl. University of Chicago et al., *Perspectivas para la planificación familiar*, 1978, S. 9ff.

115 Vgl. Dörnemann, *Modernisierung als Praxis*, 2016, S. 281; Unger, *Family Planning*, 2014, S. 72.

116 Zu dem neuen Marketingprogramm, siehe University of Chicago et al., *Perspectivas para la planificación familiar*, 1978.

geordnet wurde (Abb. 12 und 13). Hinter dieser ›Guatemaltekisierung‹ stand somit wiederum die zentrale Annahme, dass Indigenität an Ländlichkeit geknüpft war.

Abbildung 12 (links): Entwürfeiner Werbeannonce für ladinische Familien. Text auf Deutsch: »Es ist sinnvoll, dass die Ehegatten miteinander über ihre Familienplanung sprechen. Unter dem Bild heißt es: Weitere Informationen erhalten Sie in den Familienplanungskliniken oder in den Gesundheitszentren oder Gesundheitsposten.

Abbildung 13 (rechts): Entwürfeiner Werbeannonce für indigene Familien. Text auf Deutsch: »Der Vater und die Mutter sollen gemeinsam entscheiden, wie viele Kinder sie haben werden, und wann. Unter dem Bild heißt es: »Dies ist Familienplanung. Wenn Sie sich für Familienplanung entscheiden, besuchen Sie Ihr örtliches Gesundheitszentrum oder Ihre Gesundheitsstation.«



Quelle (links): University of Chicago; APROFAM; Comisión Nacional del Medio Ambiente: Perspectivas para la planificación familiar en áreas rurales de Guatemala, Chicago: Universidad de Chicago, Centro de Estudios de la Comunidad y la Familia; APROFAM 1978, S. 100.

Quelle (rechts): University of Chicago; APROFAM; Comisión Nacional del Medio Ambiente: Perspectivas para la planificación familiar en áreas rurales de Guatemala, Chicago: Universidad de Chicago, Centro de Estudios de la Comunidad y la Familia; APROFAM 1978, S. 99.

Auch das Narrativ des Scheiterns verschob sich: In den 1960er Jahren hatte die Mitarbeitenden der Public-Health-Abteilung der USAID Mission to Guatemala vor allem die Integration von Familienplanung in das Gesundheitssystem beschäftigt. Long und Burski deuteten in den frühen 1970er Jahren hingegen »politische Probleme«, also die Ablehnung von Familienplanung als entwicklungspolitischen Lösungsansatz, als größte Hindernisse. Ende der 1970er Jahre und zu Beginn der 1980er Jahre war es dann die ›indigene Frage‹, die Bevölkerungsexperten und -expertinnen umtrieb. In einem Briefing hielt die USAID in Guatemala 1978 fest: »How to reach these Indians and to help

improve their wellbeing is the most pressing and difficult problem in Guatemala.«<sup>117</sup> Diese Wahrnehmung stand in klarem Kontrast zur Position oppositioneller Gruppen und Schlüsselfiguren, die, wie im vorherigen Abschnitt gezeigt, indigene Familien eher als Opfer und Leidtragende von Kolonialismus denn als Hindernis für einen nationalen Entwicklungsprozess verstanden.

Die Fokussierung auf indigene Frauen und Männer im Familienplanungsprogramm fiel zeitlich mit einer Eskalation des guatemaltekischen Bürgerkrieges zusammen, in dessen Zentrum indigene Gruppen standen. Das Erdbeben 1978, so die neueren geschichtswissenschaftlichen Studien zu Guatemala, war dabei ein Schlüsselmoment im guatemaltekischen Bürgerkrieg.<sup>118</sup> Es offenbarte die strukturellen Ungleichheiten im Land und führte zur Etablierung zahlreicher Nachbarschaftsinitiativen, Graswurzelbewegungen und neuen politischen Vereinigungen im ländlichen Guatemala. Die Guerillagruppen wie das Ejército Guerrillero de los Pobres (EGP) und die Fuerzas Armadas Rebeldes (FAR) erhielten großen Zulauf von guatemaltekischen Studierenden, Intellektuellen, Lohnarbeitern und Lohnarbeiterinnen sowie von Maya-Aktivistinnen und -Aktivistinnen. Der 1978 gewählte Militärgeneral Lucas García reagierte auf die großen Protestbewegungen in Guatemala mit brutaler Gewalt, die sich in großem Maße gegen die indigene Bevölkerung richtete: Am 29. Mai 1978 eröffnete die guatemaltekische Armee offen das Feuer auf unbewaffnete Zivilisten und Zivilistinnen in Panzós, einer kleinen Stadt in Alta Verapaz, mehr als 150 Q'eqhchi'-Mayas kamen in Folge ums Leben. Dieses »letzte koloniale Massaker«, wie der Historiker Greg Grandin die Ereignisse in Panzós beschrieben hat, ließ das Land geschockt zurück: Über 80.000 Menschen protestierten gegen die militärische Gewalt im Land und nach Panzós trat auch die Maya-Bewegung verstärkt als politischer Akteur auf.<sup>119</sup> Eine der wichtigsten Organisationen war das Comité de Unidad Campesino (CUC), in der sich beispielsweise auch die spätere Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und ihr Vater engagierten. Das CUC besetzte im Februar 1980 gemeinsam mit Studierenden die spanische Botschaft, um auf die Repression im ländlichen Raum aufmerksam zu machen. Die Besetzung endete in einer Tragödie: Als guatemaltekische Sicherheitskräfte das Gebäude stürmten, brach ein Feuer aus, bei dem 39 Personen starben.<sup>120</sup>

In Panzós und bei dem Brand in der spanischen Botschaft zeigte die seit den 1960er Jahren andauernde Militarisierung des Landes bereits ihr grausames Gesicht. Die Ereignisse sollten jedoch nur eine Vorstufe von dem sein, was das Land in den Jahren 1982 und 1983 erwartete: Der radikal evangelikale Diktator Efraín Ríos Montt (1982-1983) und sein Nachfolger Oscar Mejía Víctores (1983-1986) verbanden eine radikale Entwicklungsdoktrin mit militärischer Terrorpolitik, um die ›Ordnung‹ im ländlichen Raum wiederherzustellen. Im guatemaltekischen Hochland machte die guatemaltekische Armee ein Dorf nach dem nächsten dem Erdboden gleich, Soldaten zerstörten Häuser,

117 Luke T. Lee, *Report on visit to Guatemala, Colombia, and Brazil* (26.3.-14.4.1978): NACP, RG 286, USAID M. GUA, Public Health Office, Subject Files, Container 23, Folder POP Guidelines.

118 Vgl. Way, *Mayan in the Mall*, 2012, S. 137; Vrana, *This City Belongs to You*, 2017, S. 168ff.; Jonas, *Battle for Guatemala*, 1991, S. 123.

119 Grandin, *The Last Colonial Massacre*, 2004, S. 132.

120 Vgl. Way, *Mayan in the Mall*, 2012, S. 140f.

verbrannten Familien bei lebendigem Leib, vergewaltigten Frauen, stachen schwangere Frauen in den Bauch. Der französische Soziologe Yvon Le Bot erklärte diese Eskalation der historisch verankerten Gewalt mit ihren genozidalen Tendenzen mit der »Spannung ladinischer Macht«, die essenziell auf dem Überlegenheitsgefühl der ladinischen Bevölkerung und der Diskriminierung indigener Gruppen durch *ladinos* fußte. Als mit dem Erstarken indigener Bewegungen in Guatemala und dem Auftreten indigener Gruppen als politische Akteure das Verhältnis beider Bevölkerungsgruppen zunehmend ins Wanken geriet, wurde die indigene Emanzipation ausgelöscht, und zwar auf brutalste Weise.<sup>121</sup> Die Eskalation der Gewalt war jedoch ebenfalls eng mit entwicklungspolitischen Problemdebatten verknüpft: Wie Nicole Sackley argumentierte, führte in Guatemala die Wahrnehmung des Ländlichen als »Problemraum« zu radikalen, brutalen Formen einer »Dorfkontrolle«. Die Verbindung von militärischer Kontrolle und einem *social engineering* fand Ausdruck in den von Rios Montt errichteten Modelldörfern, deren Bezeichnung *polos de desarrollo* die zugrundeliegende Entwicklungsdoktrin offenlegt.<sup>122</sup>

Ob die Militärregierungen Familienplanung als eine Möglichkeit deuteten, um die Kontrolle über indigene Körper zu gewinnen, bleibt aufgrund der Quellenbestände, die in erster Linie die Sicht des Public-Health-Büros der USAID Mission to Guatemala einfangen, unklar und schwer zu deuten. Zwar hielt der Aprofam-Arzt Roberto Santiso Gálvez rückblickend fest, dass die USAID 1980 ein neues Familienplanungsabkommen mit dem Staat abgeschlossen hatte und Rios Montt Familienplanung unterstützte, es gibt allerdings kaum Korrespondenzen zwischen US-amerikanischen und guatemaltekischen staatlichen Gesundheitsexperten in diesen Jahren.<sup>123</sup> Auch über die Aktivitäten der Aprofam ist wenig bekannt: Diese hatte sich seit ihrer Gründung immer wieder um Anerkennung bei politischen Entscheidungsträgern und -trägerinnen bemüht. Gegen Ende der 1970er Jahre arbeitete sie dann nicht nur mit konservativen Finca-Besitzern, sondern auch mit dem Militär zusammen. Mit der Gewalteskalation im Hochland musste sie jedoch ihre Aktivitäten, so zumindest Santiso Gálvez, im ländlichen Guatemala einstellen.<sup>124</sup> Die Korrespondenzen des Public-Health-Büros der USAID bleiben in diesen Jahren auffallend »technisch«, es blieb bei seinen Routinen. So finden sich Unterlagen zu der Zusammenarbeit mit ausländischen Organisationen wie der Johns Hopkins University und der University of Chicago, aber keine Hinweise auf die Gewalteskalation, ihre Ursprünge und Folgen. Hier zeigt sich die entpolitisierte Projektlogik, die die Arbeit der USAID im Familienplanungsfeld mit wenigen Ausnahmen seit den 1960er Jahren gekennzeichnet hatte. Gewalt wurde nur sichtbar, wenn sie die Arbeit störte. Nur einmal findet sich 1981 eine kleine Notiz des Mitarbeiters John Paul James, in der Auseinandersetzungen zwischen Armee und Guerilla und deren Folgen für die persönliche Sicherheit beschrieben werden:

We can't travel too much. However, there have been two major army-guerrilla confrontations in Zone 15 in the past 10 days; one a fire fight of 4 hours, 1 block from

121 LeBot, *Guerra en tierras mayas*, 1997, S. 300.

122 Sackley, *The Village*, 2011, S. 502.

123 Vgl. Santiso Gálvez et al., *The Stymied Contraceptive Revolution*, 2000, S. 19.

124 Santiso Gálvez et al., *Guatemala: Pioneering Days*, 2007 S. 151.

the American school. The kids were huddled on the ground between the buildings for hours. Much less individually safe here.<sup>125</sup>

Kritiker und Kritikerinnen verorteten Familienplanung hingegen genau in diesem Gewaltkontext, wie am Beispiel des guatemaltekischen Erzbischofs Próspero Penados del Barrio deutlich wird. Er hatte 1983 das Bischofsamt von Mario Casariego y Acevedo übernommen, der nach einer fast 30-jährigen Amtszeit verstorben war. Anders als sein Vorgänger positionierte sich Penados del Barrio deutlich gegen die repressiven Militärregierungen Guatemalas. Unter seiner Leitung machte der hohe Klerus die unter Lucas García und Ríos Montt begangenen Menschenrechtsverletzungen in Form von Hirtenbriefen publik.<sup>126</sup> Aus Sicht der katholischen Geistlichen fiel auch das nationale Familienplanungsprogramm, das der Aprofam, dem Gesundheitsministerium sowie der USAID zugeschrieben wurde, unter Menschenrechtsverletzungen. Vermutlich war Próspero Penados del Barrio auch über seinen Bruder Julio, Arzt und vehementer Gegner von Geburtenkontrolle, auf Familienplanungsinitiativen in Guatemala aufmerksam geworden.<sup>127</sup> Wohlwissend, dass der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan Familienplanung skeptisch gegenüberstand, schickte der Erzbischof am 12.8.1985 einen offenen Brief an den US-amerikanischen Präsidenten: In diesem wurde die Aprofam beschuldigt, »Guatemala mit gefährlichen künstlichen Antikonzeptiva, mechanischen Geräten und Sterilisationsprogrammen seit langen Jahren überschwemmt« zu haben. Vor dem Hintergrund der an indigenen Familien verübten Massaker verstand der guatemaltekische Erzbischof »diskriminierende Sterilisationspraktiken«, die sich aus seiner Sicht selektiv an indigene Gruppen richteten, als »unverzeihlichen Akt des Völkermordes an einer wehrlosen und unschuldigen Minderheit«.<sup>128</sup> Die Gleichsetzung von Familienplanung mit Völkermord war ein immer wiederkehrender Topos im bürgerkriegsgeprägten Guatemala – und ein schlagendes Argument, um die Arbeit der privaten Familienplanungsorganisation zu diskreditieren.

Als Penados del Barrio und die neue guatemaltekische Regierung des zivilen Präsidenten Marco Vinicio Cerezo Arévalos 1986 damit drohten, sämtliche Familienplanungszentren in Guatemala zu schließen und die Aprofam zu verbieten, reagierte diese auf eine für die Geschichte von Familienplanung in Guatemala ungewöhnliche Weise: Sie ließ erstmals diejenigen sprechen, die über Jahre die Familienplanungskliniken der Aprofam besucht, Aufklärungsseminare über Sexualerziehung und Verhütungsmittel gehört, die Pille erhalten oder die Spirale eingesetzt bekommen oder mit der privaten Organisation zusammengearbeitet hatten: Patientinnen und andere Frauen sowie

125 John Paul James an Susan Pezzullo (24.7.1981): NACP, RG 286, USAID M. GUA, Public Health Office, Subject Files, Container 26, Folder Health and Sanitation.

126 Penados del Barrio spielte auch eine bedeutende Rolle in den ab 1986 einsetzenden Friedensprozessen. 1990 gründete er das Erzbischöfliche Büro für Menschenrechte (Oficina de Derechos Humanos del Arzobispado de Guatemala), das maßgeblich an der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Guatemala beteiligt war. Vgl. Steigenga, Timothy J.: *Politics of Spirit. The Political Implications of Pentecostalized Religion in Costa Rica and Guatemala*, Lanham: Lexington Books 2002, S. 76.

127 Siehe zu seinem Bruder auch das vorherige Kap. 7.2.

128 Penados del Barrio, Próspero: »Una Carta a Reagan. Arzobispo de Guatemala le pide intervenir para que cesen los programas de esterilización de indígenas guatemaltecos«, in: *Prensa Libre* (25.8.1985).

Gewerkschaften organisierten den Widerstand gegen den Versuch katholischer Gruppen, Familienplanung im Land zu unterbinden, und sammelten Unterschriften für die Weiterführung der Aprofam. In den Unterlagen, die gesammelt an Reagan geschickt wurden, finden sich auch handschriftliche Aufzeichnungen von ›Usarias‹, die ein ›Komitee zur Verteidigung des Rechtes auf Familienplanung‹ gegründet hatten. Sie betonten darin nicht nur, dass die Aprofam zu keinem Zeitpunkt Zwang ausgeübt habe, sondern bestanden darauf, dass sie in einem »demokratischen und freien Land« lebten – und verwiesen damit auf die neue Zivilregierung, die 1986 angetreten war, um einen Friedensprozess in Guatemala einzuleiten.<sup>129</sup> Hatten diese Briefe in erster Linie symbolischen Wert, so deutet diese Episode einen Bruch mit früheren Familienplanungspolitiken an: Erstmals stand nicht mehr die Frage nach dem Verhältnis von Bevölkerung und Entwicklung im Vordergrund, sondern die Frage, welche Rechte und Bedürfnisse guatemaltekeische Frauen hatten. Nicht Daten, Graphen und Statistiken wurde die Stimme erteilt, sondern guatemaltekeischen Frauen, die Verhütungsmittel nutzten.

In diesem Kapitel wurde gezeigt, welche Veränderungen die Problematisierung von Bevölkerung in Guatemala in den 1970er und 1980er Jahren durchlief. Bevölkerung als Wachstumsproblem wurde nun dependenztheoretisch als Folge einer ungleichen globalen Wirtschaft definiert. In einer zunehmend kritisch ausgerichteten medizinischen Fakultät setzte sich zudem die Kritik an Familienplanung als einzig mögliche Lesart durch. Familienplanung avancierte so zu einem Feld, in dem der Einfluss US-amerikanischer Institutionen herausgefordert und die Autorität über Fragen von Sexualität und Reproduktion untermauert werden konnte. Die Bevölkerungskonferenz 1974 in Bukarest ging mit einem großen Medienecho in Guatemala einher und funktionierte in beide Richtungen: Erstmals übernahmen staatliche Institutionen die Initiative in der guatemaltekeischen Bevölkerungspolitik und präsentierten einen Vorschlag für eine antinatalistische Bevölkerungspolitik, die sicherheitspolitisch gefasst und eugenisch ausgerichtet war. Die Reaktionen auf diesen Gesetzesentwurf waren enorm und verdeutlichten, wie sich eine antiimperialistische Lesart von Familienplanung als Konsens vieler unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure und Akteurinnen durchsetzen konnte. Familienplanung verlor gänzlich an Legitimität und war gesellschaftlich nicht mehr akzeptabel. Vor diesem Hintergrund wurde auch die Frage nach dem ›Wesen‹ der guatemaltekeischen Nation neu gefasst: Um Familienplanung als aufoktroiertes, ausdrücklich nicht-guatemaltekeisches Produkt darzustellen, wurden die Lebensweisen und die Sexualität indigener Frauen und Männer glorifiziert und als ›typisch‹ guatemaltekeisch dargestellt.

1975 lässt sich als markanter Bruch in der Familienplanungspolitik in Guatemala deuten: Mit dem Rückzug des Gesundheitsministeriums ging eine neoliberale Kommerzialisierung von Familienplanung einher, in Zuge derer sich Familienplaner und -planerinnen von einem gesundheitszentrierten Familienplanungsansatz abwandten. Mit der weitgehend demokratischen Wahl Marco Vinicios Cerezo Arévalos und der Aufarbeitung der massiven Menschenrechtsverletzungen entfachte die Debatte über Re-

129 Vgl. hierzu NACP, RC 286, USAID M. GUA, Public Health Office, Subject Files, Container 40, Folder Program Evaluation, Popular Support of Family Planning.

produktion abermals. Hierbei übernahm die Katholische Kirche die Führungsrolle, was sich auch als Versuch deuten lässt, in einer sich neu formierenden Politik die Deutungsmacht über Reproduktion, Familie und Sexualität zu behalten.

